

Schatz | Petersen

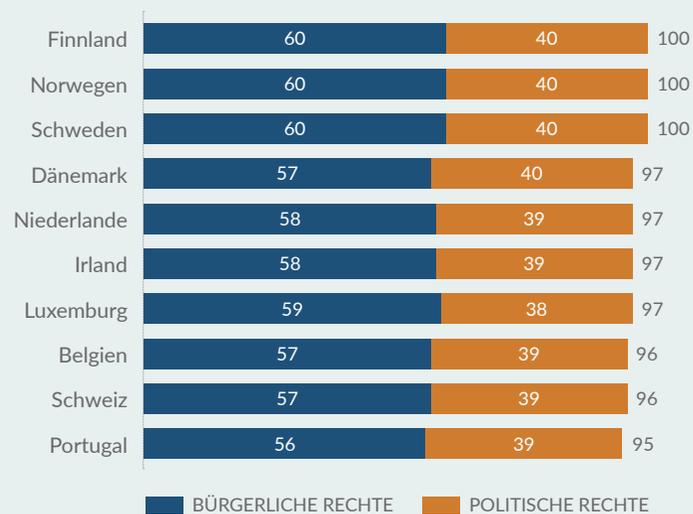
FREIHEIT: DIE MEHRZAHL DER DEUTSCHEN FÜHLT SICH EINGESCHRÄNKT

Freiheitsindex 2022 – das Forschungsprojekt des Instituts für Demoskopie Allensbach und Media Tenor International



DEUTSCHLAND NICHT UNTER DEN TOP 10

Europäische Länder mit der höchsten Freiheit*



* Rangliste der europäischen Länder mit der höchsten Freiheit nach dem Freedom in the World 2022 Freiheitsindex (nach Indexpunkten; Indexwert 0 = völlig unfrei bis 100 = völlig frei)

Quelle: Freedom House, Statista 2022

«Wir haben nun also erkannt, dass für das geistige Wohlbefinden der Menschheit (wovon alle andere Wohlfahrt abhängt) die Freiheit der Meinung und die Freiheit, diese auch auszudrücken, notwendig ist, und zwar aus vier Gründen:

1. Wenn man eine Meinung zum Schweigen zwingt, so kann sie doch, soweit wir es wissen können, richtig sein. Das leugnen, hiesse unsere eigene Unfehlbarkeit beanspruchen.

2. Mag auch die zum Schweigen gebrachte Meinung irrig sein, so kann sie doch – was häufig genug vorkommt – ein Körnchen Wahrheit enthalten. Und da die allgemeine oder die vorwiegende Meinung über eine Sache selten oder niemals die ganze Wahrheit enthält, hat der übriggebliebene Teil nur durch Zusammenprallen entgegengesetzter Meinungen Gelegenheit, unterstützt zu werden.

3. Selbst wenn die überlieferte Meinung nicht nur die Wahrheit, sondern sogar die ganz Wahrheit enthielte, so würden die meisten derer, die sie teilen, sie nur als eine Art Vorurteil annehmen, mit wenig Verständnis oder Sinn für ihre verstandesmäßige Begründung, wenn man nicht zulässt, ja sogar darauf besteht, sie in vollem Ernst zu bekämpfen. Und nicht nur dies, sondern

4. Auch der Sinn der Lehre selbst wird in Gefahr sein, verlorenzugehen oder geschwächt und seines lebendigen Einflusses auf den Charakter und auf die Handlungsweise beraubt zu werden. Das Dogma wird ein rein formales Bekenntnis, wirkungslos für das Gute, doch es wird den Grund überdecken und dadurch das Wachstum einer wirklichen, von Herzen gefühlten Ueberzeugung aus Vernunft oder Erfahrung verhindern.»

John Stuart Mill, „Über die Freiheit“

Roland Schatz FREIHEIT: DIE MEHRZAHL DER DEUTSCHEN FÜHLT SICH EINGESCHRÄNKT	5
Thomas Petersen DER FREIHEITSINDEX DEUTSCHLAND 2022	19
Thomas Petersen DIE EINSTELLUNG ZU STAAT UND INSTITUTIONEN	35
Roland Schatz 5 VORSCHLÄGE ZUR VERBESSERUNG	43
Roland Schatz AUSBlick: WORUM GEHT ES BEIM FREIHEITSINDEX?	53
LITERATUR	58
DIE AUTOREN	59

Roland Schatz

FREIHEIT: DIE MEHRZAHL DER DEUTSCHEN FÜHLT SICH EINGESCHRÄNKT

Als John Stuart Mill vor 153 Jahren seine Beobachtungen zur Lage der Freiheit in Europa veröffentlichte, hätte die Beachtung nicht größer sein können: Kaum jemand in England hatte sich wissenschafts-, journalismus- und politikübergreifend mehr Anerkennung erarbeitet als der Londoner. Dass im gleichen Jahr 1859 aus seiner Feder auch die Vorschläge zur Reform des Parlaments erschienen, wird kaum ein Zufall sein.

Sein Buch liest sich heute im ermatteten Deutschland und Europa auch deshalb so anregend, weil er aufgrund lebensbedrohlicher Krankheiten mehrfach in seinen Lebensabschnitten erfahren musste, welche fundamentalen Einflüsse ein funktionierendes Gesundheitswesen auf die Ausübung von Freiheit hat.

Umso erhellender, dass Mill seinem zweiten Kapitel «Über die Freiheit des Gedankens und der Diskussion» den meisten Raum widmete. Als wäre «On Liberty» sein Vermächtnis, geht er mit einer Akribie auf Wechselwirkungen zwischen Wohlstand und Freiheit ein, als hätte er geahnt, dass 150 Jahre später genau über diese Frage im nahen/fernen Deutschland Freundschaften, Ehen, Geschäftsbeziehungen brechen würden. Am Ende des zweiten Kapitels fasst er seine Analysen wie folgt zusammen:¹

«Wir haben nun also erkannt, dass für das geistige Wohlbefinden der Menschheit (wovon alle andere Wohlfahrt abhängt) die Freiheit der Meinung und die Freiheit, diese auch auszudrücken, notwendig ist, und zwar aus vier Gründen:

1) Wenn man eine Meinung zum Schweigen zwingt, so kann sie doch, so weit wir es wissen können, richtig sein. Das leugnen, hieße unsere eigene Unfehlbarkeit beanspruchen.

2) Mag auch die zum Schweigen gebrachte Meinung irrig sein, so kann sie doch – was häufig genug vorkommt – ein Körnchen Wahrheit enthalten. Und da die allgemeine oder die vorwiegende Meinung über eine Sache selten oder niemals die ganze Wahrheit enthält, hat der übriggebliebene Teil nur durch Zusammenprallen entgegengesetzter Meinungen Gelegenheit, unterstützt zu werden.

3) Selbst wenn die überlieferte Meinung nicht nur die Wahrheit, sondern sogar die ganz Wahrheit enthielte, so würden die meisten derer, die sie teilen, sie nur als eine Art Vorurteil annehmen, mit wenig Verständnis oder Sinn für ihre verstandesmäßige Begründung, wenn man nicht zulässt, ja sogar darauf besteht, sie in vollem Ernst zu bekämpfen. Und nicht nur dies, sondern

4) auch der Sinn der Lehre selbst wird in Gefahr sein, verlorenzugehen oder geschwächt und seines lebendigen Einflusses auf den Charakter und auf die

¹ Zitiert in der Übersetzung von Bruno Lemke, Reclam, 1974

Handlungsweise beraubt zu werden. Das Dogma wird ein rein formales Bekenntnis, wirkungslos für das Gute, doch es wird den Grund überdecken und dadurch das Wachstum einer wirklichen, von Herzen gefühlten Überzeugung aus Vernunft oder Erfahrung verhindern.»

Selten vereinen sich in einer Person Wissenschaft, Journalismus und Politik – und zwar in dieser Reihenfolge. Walter Lippmann schrieb seine Erfahrungen als Wissenschaftler, Journalist und Politiker 1921 in seinem Buch «Public Opinion» ebenfalls in Sorge um die Widerstandskräfte einer demokratisch verfassten Freiheit. Und auch ihm gelang eine Grundlegung für Informationsqualität, die in diesen Zeiten der «gestapelten Krisen» dringend in Erinnerung gerufen werden sollte – nicht allein bei der Neu-Ausrichtung von ARD und ZDF.

Am Weihnachtssonntag 2022 veröffentlichte die BILD am Sonntag, wie die Deutschen ihre Repräsentanten im Kabinett einschätzen. Als Illustration wählte der Grafiker die Leibchen der Fussballnationalmannschaft. Denn das Urteil der Deutschen lautet: Würde Politik nach den Regeln des Fußballs organisiert, hätte auch das Kabinett Scholz die Vorrunde nicht überlebt.

Tags drauf versandte das Institut für Demoskopie seine Aufklappkarte zum Jahreswechsel: Dieses Mal mussten wir nahezu bis ganz an den Anfang zurückblättern, um einen vergleichbar verheerenden Wert für die Erwartung zu finden, mit der die Deutschen in das neue Jahr blicken: Nur noch 28% der Befragten geben im Dezember 2022 an, mit Zuversicht in das neue Jahr zu gehen. Allein 1950 lag der Wert mit 27% noch niedriger. Niemand, der sich intensiver mit Medienwirkung beschäftigt, wird daraus einen 1:1-Zusammenhang darstellen wollen. Aber woher soll Vertrauen entstehen, wenn der im Kanzleramt Sitzende glaubt gut beraten zu sein, bei einem in der jüngeren Vergangenheit liegenden Vorgang auf vom Gesetzgeber wohlfeil angebotene Gedächtnislücken pochen zu können – um gleichzeitig weiterhin eine der wichtigsten Positionen in der repräsentativen Demokratie auszuüben?

Als im Sommer letzten Jahres noch nicht einmal die Hälfte der Deutschen dem Satz zustimmen konnte, dass sie sich frei genug fühlen würden, ihrer eigenen Meinung Ausdruck zu verleihen, da waren nicht nur die Medien verblüfft. Als wenige Wochen später – mitten im Wahlkampf zur Bundestagswahl – der Freiheitsindex mit dem noch erschütterteren Resultat Aufmerksamkeit erhielt, dass nur wenig mehr als ein Drittel der Bundesbürger sich insgesamt «frei» fühlten, war das Echo noch irritierter: «Was sollen das für Zahlen sein – wir können uns doch alle frei bewegen

und nahezu überallhin reisen?». 32 Jahre nach dem Fall der Mauer wurde die Selbsteinschätzung zwischen Flensburg und Garmisch-Partenkirchen eher mit Unglauben aufgenommen – die wenigsten fühlten sich aufgerufen, den Ursachen nachzuspüren.

Wählen zu können ist unstrittig ein Ausdruck von Freiheit. Insbesondere, wenn auch das Nicht-Gehen zur Urne geduldet wird. Deshalb haben wir für 2022 mit der Umfrage etwas länger gewartet – bis ein Jahr vergangen war und neben den Freiheitsfragen auch die Möglichkeit bestand, mit 12 Monaten Abstand das Urteil zu erbitten: fühlt sich das Wahlvolk nun unter der neuen Regierung «freier»? Kein geringeres Ziel sollten die Gewählten, die «Volksvertreter», zum Maßstab ihres eigenen Zeugnisses machen – insbesondere bei denen, die ihnen das Vertrauen bei der Bundestagswahl am 23.9.2021 gaben. Nunmehr ein Jahr nach 15 Jahren Angela Merkel zumindest ein Aufatmen bewirkt zu haben, dass insgesamt sich die Dinge im Land für sie zum Besseren entwickelt haben.

Aber genau das ist nicht eingetreten. Auch wenn bei der Frage: «Fühlen Sie sich frei» der Wert inzwischen wieder bei 45% liegt und nicht bei den katastrophalen 36% vom Sommer 2021, bleibt das Resultat: Noch nicht einmal jede zweite Person, die in Deutschland des 21. Jahrhunderts lebt, fühlt sich frei. Und auch bei der Kernfrage, die John Stuart Mill beschäftigte: «Glauben Sie, Sie können ihre Meinung frei zum Ausdruck bringen?», sagen nun zwar nicht mehr 45%, «dass sie nicht mehr frei reden können», sondern 48%. Aber auch hier: die Mehrheit empfindet anders.

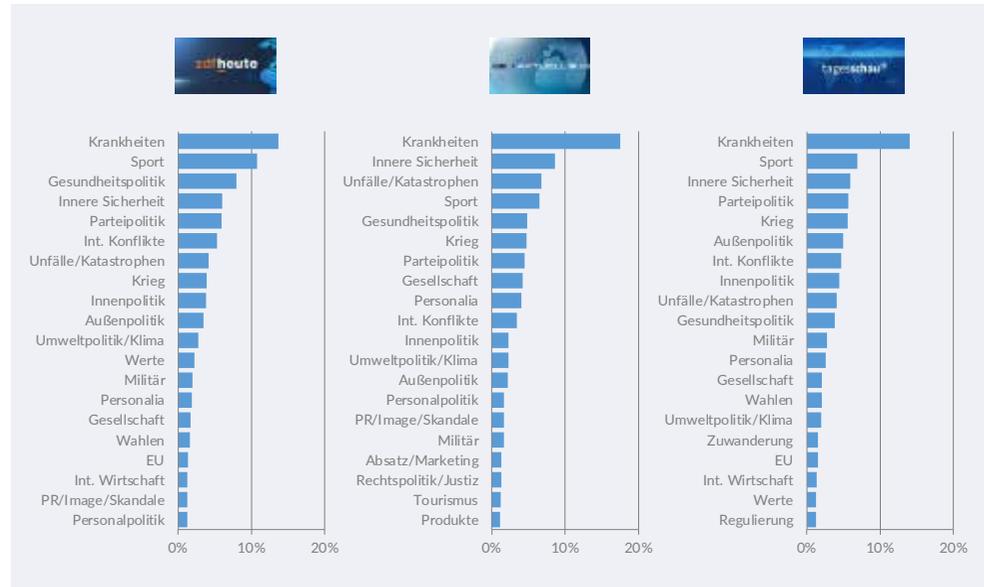
Wer in Buchhandlungen in diesem Jahr Bücher erwirbt, die sich mit dem Thema «Freiheit» in der einen oder anderen Form beschäftigen, findet übergreifend bei den meisten Wissenschaftlern und Journalisten, die sich im Jahr 3 von Covid und Jahr 2 der Energie-Krise und dem Jahr 1 des Ukraine-Krieges über Monate mit diesem Thema beschäftigt haben, eine persönliche Bemerkung in der Einleitung: Man habe insbesondere durch die in Deutschland umgesetzten Covid-Maßnahmen derart viele Freunde verloren (und neue hinzugewonnen), Ehen befreundeter Paare zerbrechen sehen und im eigenen beruflichen Alltag Veränderungen wahrnehmen müssen, die nicht anders denn als massive Einschnitte in das Freiheitsempfinden eingestuft werden können. Daher scheint die graduelle Verbesserung bei einzelnen Fragen eher mit dem Besonderen des Anus horribilis 2022 zu tun zu haben: Selten wurden die Deutschen über die Leitmedien derart intensiv mit scheinbar näher rückenden Bedrohungen (Ukraine-Krieg, Aufstand im Iran, Türkei, Afghanistan) konfrontiert, die kurzfristig zu einer leicht mildereren Einschätzung der eigenen Lebenswirklichkeit führten.

Was Mill vor 153 Jahren besonders wichtig erschien, deckt sich mit einer Erfahrung, die der gelernte ostdeutsche Tatort-Schauspieler Jan Liefers aus – im Prinzip – identem Beobachten zur Sprache brachte: In dem Moment, als deutsche Leitmedien ihre Aufgabe nicht mehr in der Informationsvielfalt, sondern im Gleichklang definierten, entstand nun – 30 Jahre nach dem Fall der Mauer – ein Erinnerungsflash des schon Dagewesenen: Die DDR mag aus vielen Gründen kollabiert sein, aber unter den Top 3 werden die Menschen zwischen Rügen und Karl-Marx-Stadt das tägliche Einerlei in Print, Radio und TV nennen. Bei Mill wäre es Top 1. Von den Reaktionen in der Bundesrepublik des 21. Jahrhunderts ganz zu schweigen: Nicht wenige wollten Liefers mit Auftrittsverbot im Tatort abstrafen. Aber selbst mit dem Abstand von 18 Monaten geht keiner der Frage nach, ob insbesondere Marietta Slomka sowie Maybritt Illner ihre Positionen als Moderatorinnen ausübten? Keiner fragt Claus Kleber bzw. den Interdanten des ZDF bzw. den Rundfunkrat des ZDF, wie es sein konnte, dass zumindest im ZDF galt: „Wir haben praktisch die Rolle eines Pressesprechers oder Ministers eingenommen, der seiner Bevölkerung erklärt, warum diese Massnahmen jetzt sein müssen. Das ist einfach nicht uns Job“ (Claus Kleber im Juni 2020 bei der Heraeus Bildungsstiftung). In einfachen Worten zusammengefasst: In den Monaten, in denen die Menschen in der Bundesrepublik insbesondere auf Journalismus angewiesen waren, wurde ihnen PR präsentiert. Und wenn dann ein in der DDR aufgewachsener Mensch sich den Hinweis erlaubt: „Mir kommt das bekannt vor“ – da wird er nicht nur mit Methoden aus der damaligen DDR versucht, mundtot zu machen, sondern es wird im öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Forderung gestellt, ihm seine Berufsgrundlage zu nehmen. Der Vorgang allein ist nicht nur ein Fall für die Justiz, sondern auch für den Bundestag.

Was aber sahen wir, wenn wir uns ein Bild über die Lage in der Bundesrepublik Deutschland und der Welt machen wollten?

Wo ist der Unterschied zwischen ARD, ZDF und RTL?

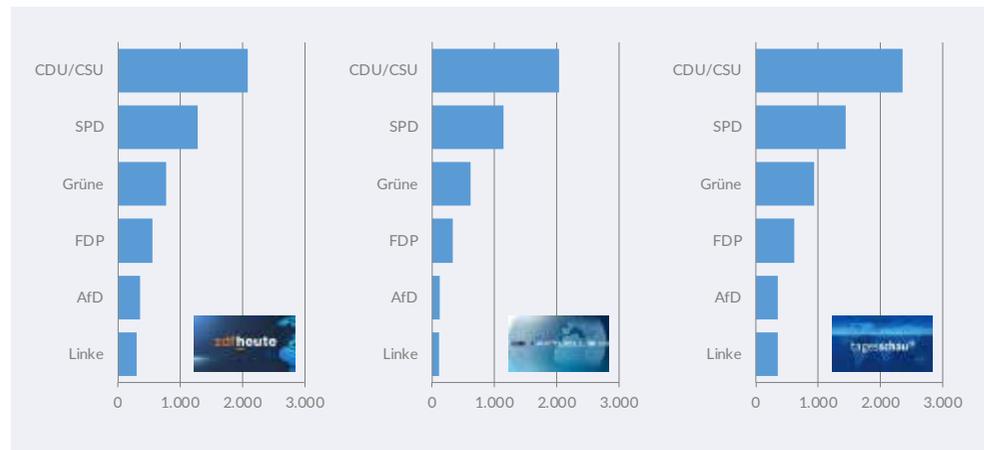
Top-Themen der TV-Nachrichten, 1/2021–6/2022 (Anteil an allen Themen)



Die Gemeinsamkeiten dominieren nicht nur bei der Themenauswahl, sondern auch bei den gezeigten und bewerteten Politikern und Parteien:

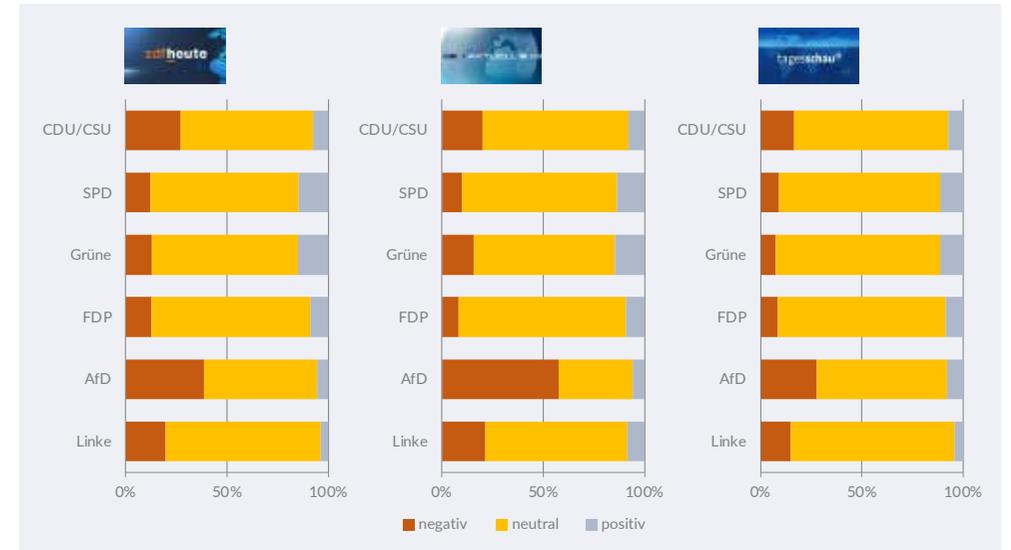
Gewichte in Parteien-Berichterstattung ungerecht verteilt

Parteien in den TV-Nachrichten, 1/2021–6/2022 (Anzahl der Berichte über die Parteien)



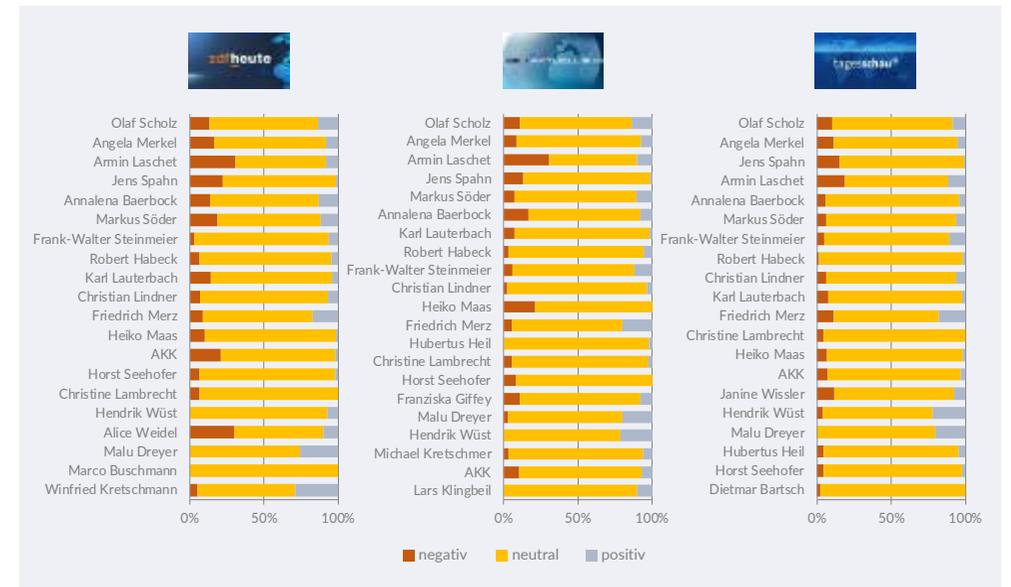
ARD Tagesschau polarisiert bei Parteien am wenigsten

Bewertung der Parteien in den TV-Nachrichten, 1/2021–6/2022



ZDF heute polarisiert bei Politikern am stärksten

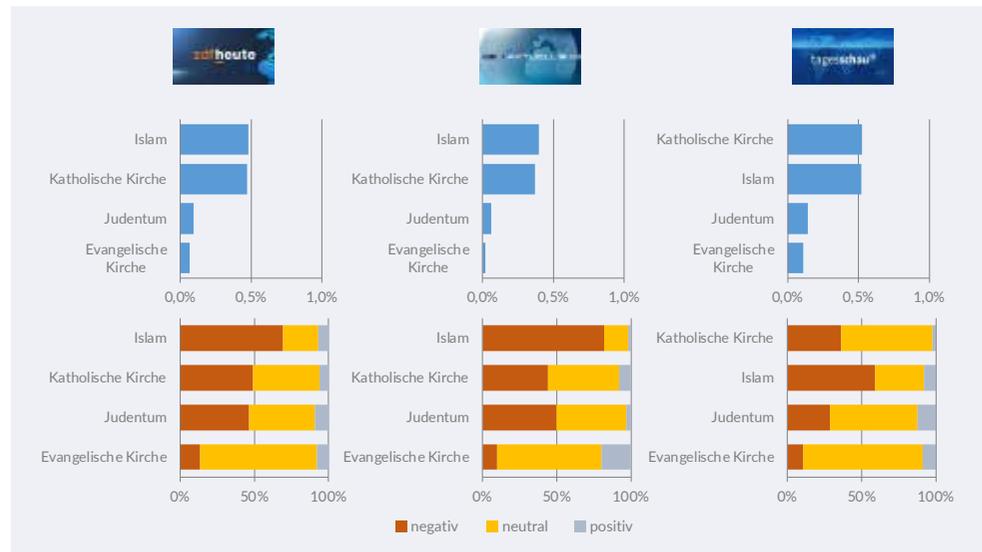
Bewertung der Top-Politiker in den TV-Nachrichten, 1/2021–6/2022



Aber die «Gleichheit» ist nicht nur bei den Themen, Personen, Institutionen mit großer medialer Aufmerksamkeit zu beobachten, sondern insbesondere bei den Themen oder gesellschaftlichen Gruppen, die unsere herausragende Achtsamkeit verdienen, auch wenn sie bei ARD, ZDF und RTL unterhalb der Wahrnehmungsschwelle kaum Darstellung fanden:

Religionsgemeinschaften mit unter 0.5% kaum dargestellt

Berichterstattung der TV-Nachrichten über die Religionsgemeinschaften, 1/2021–6/2022



ZDF heute mit relativ geringem Anteil Arbeitsmarkt-Themen

Anteil der Berichterstattung (in %) über Protagonisten nach Themenfeldern 1/2021–6/2022



Schon im letzten Jahr hatten wir auf einen Vergleich von Mill hingewiesen: Er sieht Freiheit als Muskel, der erschläft, wenn er nicht stetig Gebrauch findet. Und nichts ist gefährlicher für Werte von fundamentaler Bedeutung, wenn das gelegentliche Erwähnen bei Sonntagsreden mit aktivem Handeln und stetigem Verbessern verwechselt wird. Da Mill öfter von Krankheiten heimgesucht wurde, wusste er, warum er dieses Bild verwendete.

Neben dem «Muskel» Informationsvielfalt und Meinungsfreiheit zählt in der repräsentativen Demokratie auch das Wählen zu den zentralen Taten. Wie bei jeder Wahl in den letzten Jahrzehnten war die Partei der Nicht-Wähler auch 2021 die größte. Doch anstatt zumindest in der Wartezeit bis zur ersten Hochrechnung dieser großen Gruppe Aufmerksamkeit zu widmen, gingen diejenigen, die mit der Vermittlung des politischen Geschehens ihren Lebensunterhalt verdienen, wieder gleich zu denen über, die erneut weniger Menschen zum Gang an die Urne bewegen konnten.

Dabei ist Nicht-Wählen ebenso eine Handlung wie Wählen. Es könnte ein Manifest der grundsätzlichen Zufriedenheit sein, eines tiefen Urvertrauens, dass die Mandatsträger in Bund, Land und Kommune es im großen Ganzen doch gut richten würden und daher der eigene Gang ins Wahllokal nicht notwendig sei. Zumindest diese Interpretation des Tatbestandes, dass die «Partei der Nicht-Wähler» fast mehr Zustimmung erhält als Union oder SPD, von Linken, AfD, Grünen oder Liberalen ganz zu schweigen, wäre es wert, beachtet und damit besprochen zu werden. Aber Wahl für Wahl gehen insbesondere die Experten und Moderatoren von ARD und ZDF über dieses Phänomen hinweg und lassen große Teile des Souveräns unbeachtet zurück.

Ein Jahr danach legt das IfD Allensbach die brutale Wirklichkeit in seinem Monatsbeitrag für die FAZ am 20.10.22 vor: Exakt zwölf Monate nach der Bundestagswahl 2021 befragt, sagen zwei Drittel der Deutschen: «Ich habe kein Vertrauen zu den Leistungsträgern in Berlin». Je nach Parteizugehörigkeit gehen die Zahlen noch weiter durch die Decke.

Während sich bei den einen Fassungslosigkeit breit macht – nach drei Jahren Covid-Missmanagements, zwei Jahren Energie-Krise (dieses Problem wurde durch den Krieg in der Ukraine nicht ausgelöst, sondern höchstens beschleunigt), sechs Monaten Krieg in unmittelbarer Nachbarschaft zur eigenen Scholle und weiteren Beispielen der Nichtlösung relevanter Herausforderungen wie Fachkräftemangel, Rentenkatastrophe, nichtexistente Migrationspolitik, 23.000 fehlende Musiklehrer etc., die sich noch über mindestens 50 Seiten weiter auflisten ließen – verbringen andere wieder ihre Wochenenden auf den Straßen, um ein Ventil für ihren Unmut zu finden.

Auch wenn diese Gruppe im Herbst 2022 etwas mehr Aufmerksamkeit findet als im Herbst 2021 oder 2020: Kein Ruck geht durch das Land. Das vermeintliche «stille, kleine Glück» (Landesvater Johannes Rau verwandte den Begriff von Wolf Schöde bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit vor 40 Jahren, um möglichst wenig Veränderung im reformschwachen Nordrhein-Westfalen sicherzustellen), das überwiegend von den Leitmedien vorgegeben und von der schweigenden Mehrheit als Selbst-Trost eingeredet wird, ist schon lange keines mehr: Ein Land, in dem Bürgermeister von Mitbürgern umgebracht werden, wo tätliche Übergriffe nicht mehr eine Ausnahmeerlebnis weniger kommunaler Amtsinhaber sind, sondern von 70% erfahren wurden, in dem 30% der Schiedsrichter sich vom Fußball verabschieden, weil sie sich der rohen Gewalt auf deutschen Fußballplätzen nicht länger aussetzen wollen – da ist ein «Weiter-So» sicher die falsche Lösung.

Der innerste Kern von Freiheit liegt im eigenen Empfinden, im persönlichen Erleben von Denken, Fühlen, Handeln können, so wie jede und jeder es sich selber vorstellen möchte, wenn der Tag vorübergegangen ist und abends im Bett ohne Publikum Bilanz gezogen wird. Wenn nicht bleiernde Ohnmacht das erste Gefühl beim Klingeln des Weckers am nächsten Morgen ist, sondern Tatendurst, weil die Freiheit von, die Freiheit für und die Freiheit durch das Selbstbewusstsein bestimmt. Immer weniger Deutsche können das für sich behaupten.

Und das ist nichts anderes als ein kollektives Schuldigsein aller, die jeder Person ein Leben in Selbstbestimmtheit zumindest als Option ermöglichen sollten: Eltern, Lehrer, Arbeitgeber, Politiker, die im Gesundheitswesen, im öffentlichen Verkehr Beschäftigten etc. Das mag niemand gerne lesen, aber es ist die Rückseite der Medaille, die uns irgendwann einmal das andere Grundelement der Freiheit vermittelte: dass meine Freiheit dort endet oder zumindest als Grenze wahrzunehmen ist, wo die Deinige beginnt.

Woche für Woche müssen wir lesen, dass diese Basics in zu vielen Familien nicht gelebt werden, sondern Kinder, Frauen, Männer und Großeltern Opfer irrsinniger Gewalt werden. Und wer es nicht in den eigenen vier Wänden erleben muss, dem begegnet der Wahnsinn im Gemeindehaus, in pädagogischen Einrichtungen, Pflegeheimen, Krankenhäusern bis hin zur Arztpraxis und im Arbeitsalltag. Während BILD, TV, SPIEGEL, STERN und alle anderen Medien in den letzten Jahrzehnten wenigstens auf diese Misstände aufmerksam machten, entsteht beim Publikum nicht das Gefühl, dass diese unmittelbaren Freiheitseinschränkungen abnehmen würden.

Ich kann mir kaum vorstellen, dass ich der einzige sein soll, dem die ständigen Beiträge über Gewalt an Kindern, Frauen, Männern, Migran-

ten nicht die Luft zum Atmen nehmen, weil jeder weitere Text erneut die Frage auslöst: Was, wenn dies mir passieren würde? Warum nimmt das kein Ende? Ist zumindest sichergestellt, dass den Opfern wirklich geholfen wird? Wer die Statistiken verfolgt, erkennt schnell, dass dies längst keine «Einzelschicksale» sind – insbesondere unter Beachtung der sogenannten «Dunkelziffer».

Und allen, die in sich hineinhorchen und zu dem Ergebnis kommen, dass sie in einem freien Land leben, sei das Gespräch mit Frauen empfohlen – ob jung oder alt, ob mit deutschem Pass oder ohne – wie oft sie sich abends dann doch entscheiden, in den eigenen Wänden zu bleiben und nicht mit Freunden etwas zu unternehmen, weil dies die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel bedeutet. Oder sich im Winter 2022 zu den Eltern in die Krankenhäuser zu begeben, deren Kinder nicht behandelt werden. Oder in Apotheken vergeblich nach Medikamenten zu fragen, die eigentlich Standard sind.

Es war der Regierungssprecher Steffen Seibert höchstpersönlich, der eine Veranstaltung der acatech in Berlin zum Thema Fachkräftemangel moderierte. Vor 10 Jahren. Besser und aus erster Quelle hätte die Merkel Regierung nicht über eines der brennendsten Themen Kenntnis erhalten können. Aber was tat Seibert? Was tat die Bundesregierung? Und was geschah mit Seibert nach Abwahl der Merkel-Regierung? Er wurde mit dem Botschafterposten in Israel beschenkt. Erlebnisse wie diese, die unendlich scheinen, führen zu Umfrageergebnissen, wonach zumindest die Hälfte der Deutsche Ohnmacht empfindet.

Seit Jahren forschen Wissenschaftler der Uni Florenz gemeinsam mit Media Tenor zu der Frage, warum ausgerechnet im sprichwörtlichen kinderfreundlichen Italien die Geburtenrate zu den niedrigsten in Europa zählt. Während die Forscher multiple Gründe erwogen, fehlte der Schlüssel zum Gesamtgefühl junger Ehen, die offensichtlich nicht mehr die Verantwortung tragen wollen, die mit dem Kinder«kriegen» verbunden ist. Erst als das Mediensentiment herangezogen wurde, was über ausgewählte Leitmedien wie das öffentlich-rechtliche Fernsehen RAI den Italienerinnen und Italienern Tag für Tag als Relevantes präsentiert wurde, schien ein harter Erklärungsansatz für die dramatische gefallene Geburtenrate in Italien gefunden: Während sich das Durchschnittseinkommen seit 40 Jahren kaum veränderte, scheint die vermittelte Wirklichkeit über Arbeitsmarkt, Gesundheitswesen, Bildung etc. von immer mehr Menschen so aufgenommen, dass sie für sich keine Zukunft als Familie sehen. Und was in Deutschland erst jüngst als Versagen insbesondere der politischen Leistungsträger erkannt wird, ist in Italien seit 70 Jahren gelebte Praxis: Re-

gierungen, die zumindest über eine Legistlaturperiode ihrer Arbeit nachgehen können, sind Mangelware.

Mit anderen Worten: Der diesjährige Freiheitsindex sollte eher in der Sportabteilung der Buchhandlung zum Verkauf angeboten werden, denn es ist höchste Eile geboten, Mills Muskel der Gesellschaft wieder zu den Kräften zu verhelfen, die den Herausforderungen dieser Monate und Jahre hoffentlich standhalten.

Zürich, 28.12.2022

Wo immer sich Leute finden, die eine Ausnahme von der scheinbaren Einstimmigkeit der Welt über alle Gegenstände bilden, da ist es immer wahrscheinlich, dass – selbst wenn die Welt im Recht ist – diese an sich etwas Anhörenswertes zu sagen haben und dass die Wahrheit durch ihr Schweigen etwas verlieren würde.

John Stuart Mill, „Über die Freiheit“

Thomas Petersen

**DER FREIHEITSINDEX
DEUTSCHLAND 2022**

„Der Freiheitsindex Deutschland“, der seit dem Jahr 2011 ermittelt wird, setzt sich aus zwei Komponenten zusammen: Einer Inhaltsanalyse der führenden Massenmedien, durchgeführt von Media Tenor International, und einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, durchgeführt vom Institut für Demoskopie Allensbach. Für die Umfrage wurden im Dezember 2022 insgesamt 1006 Personen mündlich-persönlich („face-to-face“) befragt. Die Auswahl der Befragten erfolgte nach dem Quotenverfahren, die Umfrage ist für die Bevölkerung ab 16 Jahren repräsentativ, ihre Ergebnisse können also – abgesehen von einer unvermeidlichen statistischen Unschärfe von etwa drei Prozentpunkten – auf die Gesamtbevölkerung verallgemeinert werden. Aus beiden Komponenten wird der Index berechnet, der wiederum aus drei Teilindizes besteht. Dabei wird wie folgt vorgegangen:

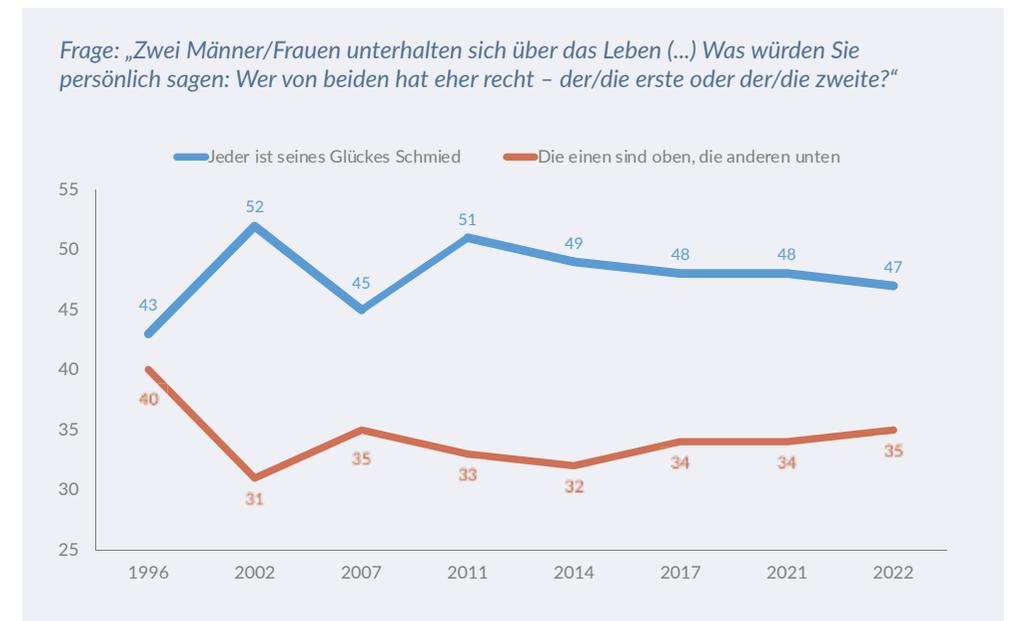
In den ersten Teilindex gehen drei Fragen aus der Umfrage ein. Die erste lautet: „Zwei Männer unterhalten sich über das Leben. Der eine sagt: ‚Jeder ist seines Glückes Schmied. Wer sich heute wirklich anstrengt, der kann es auch zu etwas bringen.‘ Der andere sagt: ‚Tatsächlich ist es so, dass die einen oben sind, und die anderen sind unten und kommen bei den heutigen Verhältnissen auch nicht hoch, so sehr sie sich auch anstrengen.‘ Was würden Sie persönlich sagen, wer von beiden hat eher Recht, der erste oder der zweite?“ Diese Frage ist für die Untersuchung des Stellenwerts der Freiheit in einer Gesellschaft von besonderer Bedeutung, weil sie eine grundsätzliche Lebenseinstellung erfasst, die die Voraussetzung für eine hohe Wertschätzung der individuellen Freiheit ist: Nur wer der Ansicht ist, dass die meisten Menschen in der Lage sind, ihr Leben erfolgreich selbst in die Hand zu nehmen, wird sich auch für eine größtmögliche Handlungs- und Entscheidungsfreiheit des Einzelnen einschließlich der damit verbundenen Risiken einsetzen.

In den vergangenen Jahren hat es bei den Antworten auf diese Frage nur wenige Schwankungen gegeben. Im Jahr 2022 lag der Anteil derjenigen, die sagten, jeder sei seines Glückes Schmied, bei 47 Prozent der Bevölkerung und damit etwa auf dem gleichen Niveau wie in den Vorjahren. (Grafik 1).

Stärkere Schwankungen zeigen sich dagegen bei der zweiten Frage für den ersten Teilindex, mit der der Stellenwert der Freiheit im Wettbewerb mit dem gesellschaftlichen Ziel der sozialen Gleichheit ermittelt wird. Bei dieser Frage überreichen die Interviewer ein Dialogbildblatt, das zwei Personen im Schattenriss zeigt. Beiden Figuren ist, wie in einem Comic, eine Sprechblase zugeordnet. Die erste Person sagt: „Ich finde Freiheit und möglichst große Gleichheit, soziale Gerechtigkeit, eigentlich beide wichtig. Aber wenn ich mich für eines davon entscheiden müsste, wäre mir die

Grafik 1: „Jeder ist seines Glückes Schmied“

(Zustimmung in Prozent)



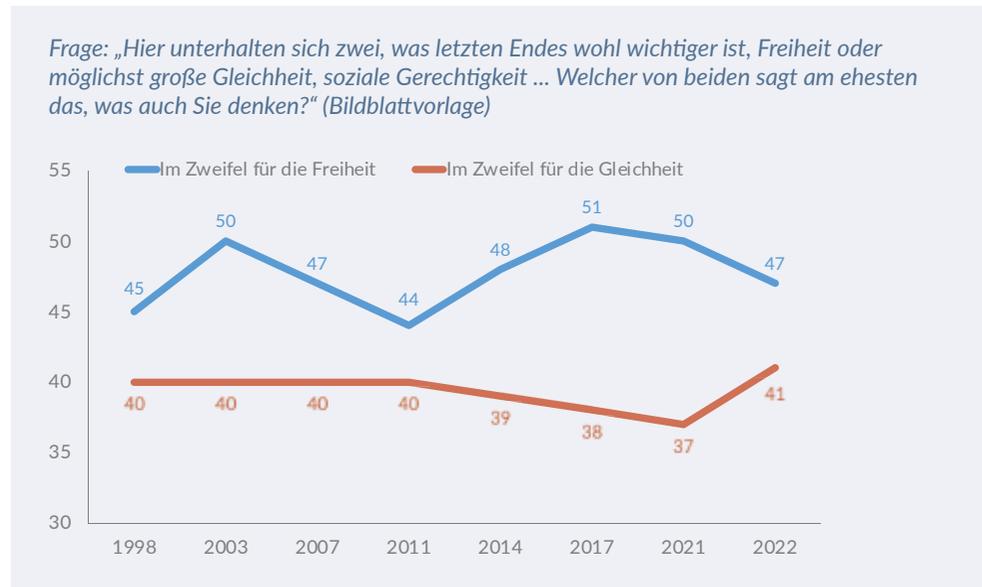
persönliche Freiheit am liebsten, dass also jeder in Freiheit leben und sich ungehindert entfalten kann.“ Die Gegenposition lautet: „Sicher sind Freiheit und Gleichheit, soziale Gerechtigkeit wichtig. Aber wenn ich mich für eines davon entscheiden müsste, fände ich eine möglichst große Gleichheit am wichtigsten, dass also niemand benachteiligt ist und die sozialen Unterschiede nicht so groß sind.“ Die Frage zu diesem Dialogblatt lautet: „Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?“

Bei dieser Frage schwanken die Anteile derjenigen, die antworten, für sie sei im Zweifel die Freiheit wichtiger als die Gleichheit, seit rund zwei Jahrzehnten zwischen etwas mehr als 40 und rund 50 Prozent. Aktuell liegt er bei 47 Prozent und damit in der Mitte der bekannten Bandbreite (Grafik 2).

Mit der dritten Frage, die in den ersten Teilindex eingeht, wird das Ausmaß ermittelt, in dem die Bevölkerung staatliche Verbote in verschiedenen Lebensbereichen fordert. Bei dieser Frage wird eine Liste mit 16 Punkten zur Auswahl vorgelegt, die seit der ersten Erhebungswelle des „Freiheitsindex Deutschland“ unverändert sind, darunter „Harte Drogen wie Heroin, Kokain usw.“, „Gesundheitsgefährdende, ungesunde Lebensmittel“,

Grafik 2: Freiheit oder Gleichheit

(Zustimmung in Prozent)

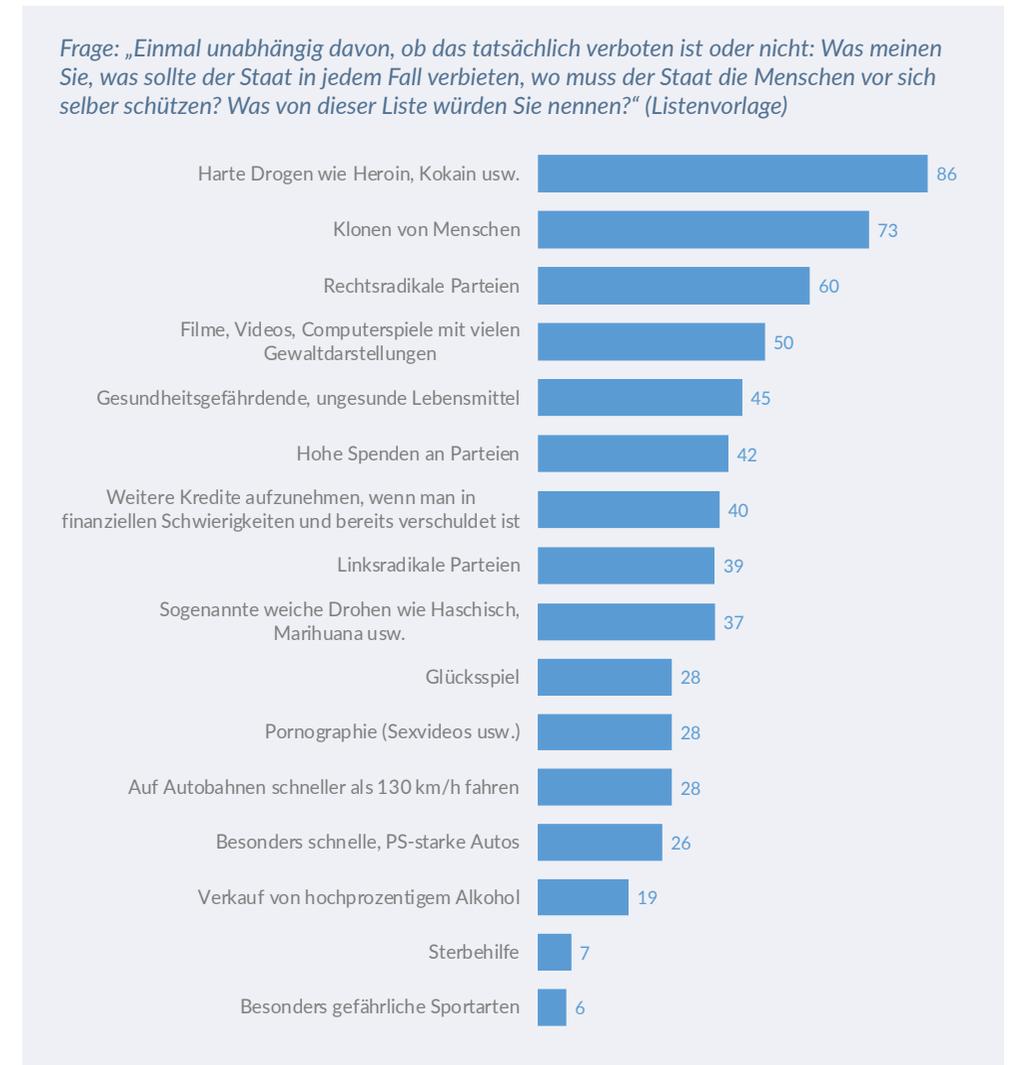


„Rechtsradikale Parteien“ oder „Hohe Spenden an Parteien.“ 86 Prozent der Befragten antworteten im Dezember 2022, ihrer Ansicht nach sollten harte Drogen wie Heroin oder Kokain verboten sein. An zweiter Stelle in der Rangliste steht, genannt von 73 Prozent, das Klonen von Menschen. 60 Prozent forderten ein Verbot von rechtsradikalen Parteien. Dagegen sprachen sich nur kleine Minderheiten für ein Verbot des Verkaufs von hochprozentigem Alkohol, der Sterbehilfe und besonders gefährlicher Sportarten aus. Grafik 3 zeigt das Ergebnis der Frage im Überblick.

Für die Berechnung des Freiheitsindexes ist nicht entscheidend, bei welchen einzelnen Punkten die Befragten ein Verbot forderten, sondern das Gesamtniveau der Antworten steht im Mittelpunkt der Betrachtung: In welchem Maße ruft die Bevölkerung überhaupt nach Verboten? Bei der zweiten Ermittlung des Freiheitsindexes 2012 hatte sich gezeigt, dass der durchschnittliche Anteil derjenigen, die bei den 16 identischen zur Auswahl gelegten Punkten ein Verbot forderten, deutlich gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen war, in dem allerdings auch eine bemerkenswert hohe Akzeptanz von Verboten festgestellt worden war. Seitdem sind keine großen Änderungen mehr zu verzeichnen. Der Durchschnittswert liegt aktuell bei 38,4 Prozent, geringfügig über dem Wert vom Vorjahr (Grafik 4).

Grafik 3: Der Ruf nach Verboten I

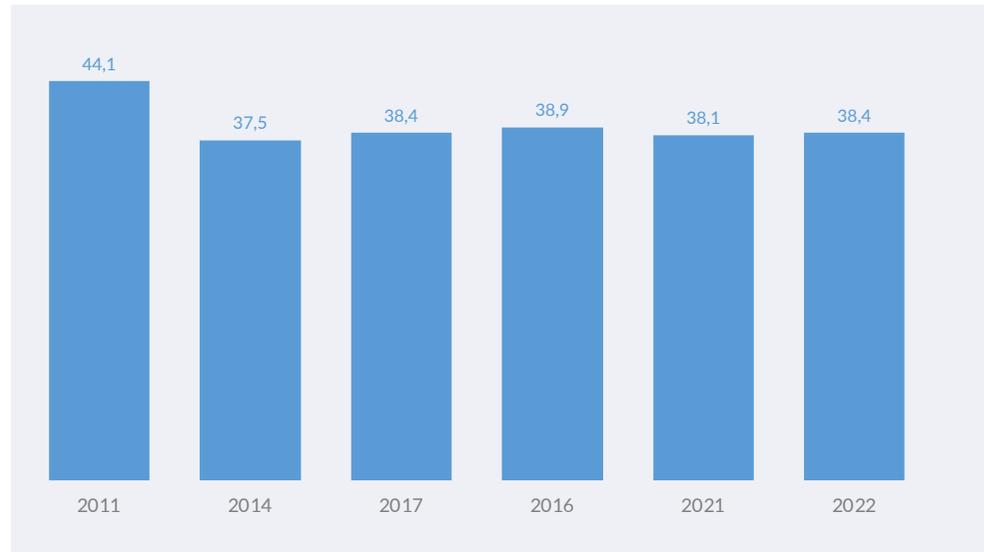
(Zustimmung in Prozent)



Die drei Fragen, ob jeder „seines Glückes Schmied“ sei, ob der Freiheit oder der Gleichheit der Vorrang einzuräumen sei und welche Dinge und Verhaltensweisen verboten werden sollten, erfassen verschiedene Aspekte der gesellschaftlichen Wertschätzung der Freiheit. Darüber hinaus enthält der Fragebogen zum „Freiheitsindex Deutschland“ auch zwei Fragen,

Grafik 4: Der Ruf nach Verboten II

Durchschnittlicher Anteil derjenigen, die bei 16 Listenpunkten ein Verbot fordern (in Prozent)



mit denen das subjektive Freiheitsgefühl der Deutschen ermittelt wird. Sie bilden die Grundlage des zweiten Teilindex. Bei beiden Fragen hatten sich im vergangenen Jahr bemerkenswerte Entwicklungen gezeigt. In der einen Frage wird den Befragten eine Skala von 0 bis 10 vorgelegt, mit der Bitte, anhand dieser Skala anzugeben, wie frei sie sich in ihrem Leben fühlen. Die Frageformulierung ist ganz allgemein gehalten, es werden keine Hinweise auf politische oder gesellschaftliche Aspekte gegeben, die die Antworten der Befragten lenken könnten.

Grafik 5 zeigt den Anteil derjenigen, die bei dieser Frage die Skalenstufen 8 bis 10 auswählten und damit zu Protokoll gaben, dass sie sich in ihrem Leben sehr frei fühlen. Dieser Anteil war von 2017 bis 2021 vom bisherigen Höchstwert von 51 Prozent auf 36 Prozent, dem tiefsten Wert seit dem Jahr 2005 zurückgefallen. Es lag nahe, diese Entwicklung auf die Belastungen der Bürger in der Corona-Krise zurückzuführen. Nun, in der aktuellen Umfrage, ist die Zahl derjenigen, die sagen, dass sie sich in ihrem Leben sehr frei fühlen, wieder stark auf 45 Prozent und damit ungefähr auf das Niveau der Jahre vor der Corona-Pandemie gestiegen.

Die zweite Frage zum subjektiven Freiheitsempfinden lautet: „Haben Sie das Gefühl, dass man heute in Deutschland seine politische Haltung frei sagen kann, oder ist es besser vorsichtig zu sein?“ Diese Frage er-

Grafik 5: Subjektives Freiheitsempfinden

(Anteil derjenigen, die auf einer Skala von 0–10 die Punkte 8 bis 10 wählen, in Prozent)

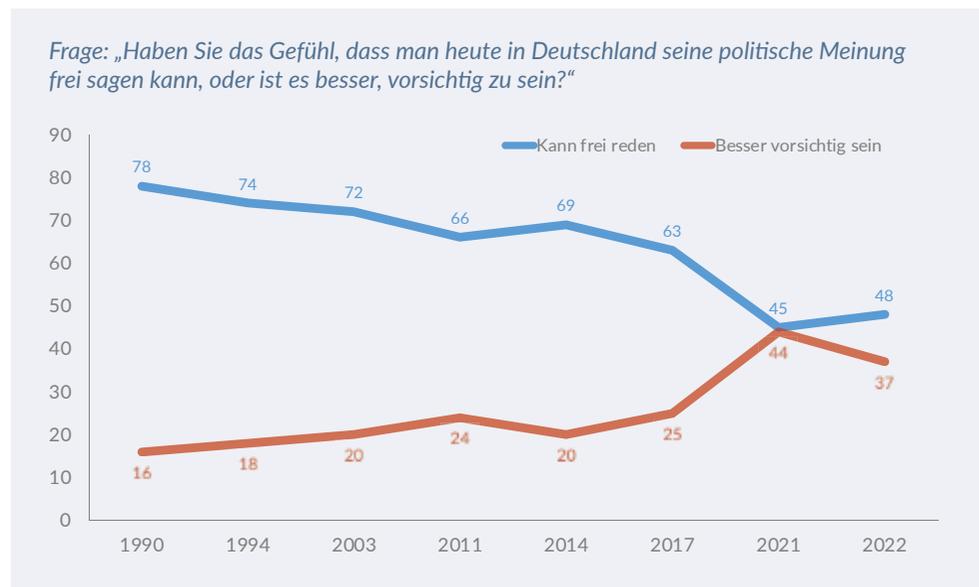


brachte das wahrscheinlich spektakulärste Ergebnis im Rahmen der Ermittlungen zum Freiheitsindex im Jahr 2021. Über Jahrzehnte hinweg hatten große Mehrheiten in der Bevölkerung – rund zwei Drittel bis drei Viertel – die Meinung vertreten, man könne in Deutschland seine politische Meinung frei äußern. 2021 war der Anteil derjenigen, die diese Meinung vertraten, dagegen auf 45 Prozent zurückgefallen. Dies war ein deutlicher Hinweis auf ein zunehmend gespanntes Klima in der öffentlichen Diskussion, das sich bereits in den Jahren zuvor angekündigt hatte. Schon in der Umfrage zum „Freiheitsindex Deutschland 2011“ hatte sich gezeigt, dass es gesellschaftspolitische Themen gab, bei denen erhebliche Teile der Bevölkerung den Eindruck hatten, dass man zu ihnen nicht offen seine Meinung sagen könne, wenn man sich nicht „den Mund verbrennen“ wolle. Das war besonders bei den Themen Einwanderung und Islam der Fall. Anscheinend hatte sich nun, zehn Jahre später, das Unbehagen vieler Bürger am Tonfall der öffentlichen Diskussion, die von vielen offensichtlich als intolerant empfunden wird, während der Corona-Pandemie noch einmal deutlich verschärft.

In der aktuellen Umfrage ist der Anteil derjenigen, die sagen, man könne seine politische Meinung frei äußern, gegenüber dem Vorjahr wieder leicht auf 48 Prozent gestiegen. Doch auch dieser Wert liegt noch weit unter dem Niveau der Antworten aus den vergangenen Jahrzehnten (Grafik 6).

Grafik 6: Freie Meinungsäußerung

(Zustimmung in Prozent; an 100 fehlende Prozent: „Mit Einschränkungen“ oder „Unentschieden“)



Für den Freiheitsindex Deutschland werden nun die Ergebnisse der genannten Trendfragen und ausgewählte Resultate der Medieninhaltsanalyse des Instituts Media Tenor International zusammengeführt. Das bedeutet, die Ergebnisse werden rechnerisch zusammengefügt und aus ihnen eine einzige Kennzahl ermittelt, die auf einen Blick Auskunft über den Stellenwert der Freiheit in der deutschen Gesellschaft geben soll.

Die Auswahl der Fragen und die Methode, mit der ihre Ergebnisse zusammengerechnet werden, ist letztlich Ermessenssache. Umso wichtiger ist es, dass die Zusammensetzung des Indexes transparent gemacht wird und für Außenstehende nachvollziehbar bleibt. Ein guter Index ist robust, das heißt, dass der Austausch einer einzelnen Frage oder einer einzelnen Kategorie den Gesamtwert nur wenig und damit die Kernaussage des Indexes nicht verändern würde.

Festgelegt werden muss außerdem die Bandbreite, innerhalb welcher der Indexwert schwanken kann. Der Freiheitsindex kann zwischen -50 und +50 schwanken, wobei ein Wert über Null ein Übergewicht der Freiheit im Vergleich zu konkurrierenden Werten und gesellschaftlichen Zielen symbolisiert, ein Wert unter Null steht für eine vergleichsweise schwächere

Position des Werts der Freiheit. Auf diese Weise ermöglicht es der Freiheitsindex, auf den ersten Blick zu erkennen, ob die Freiheit gesellschaftlich unter Druck steht oder umgekehrt dominiert.

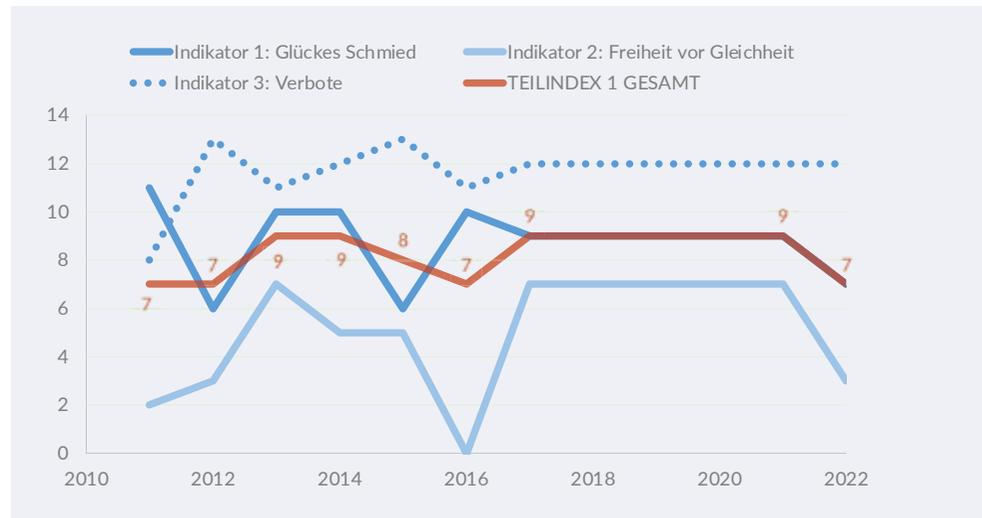
Der „Freiheitsindex Deutschland“ wird konkret wie folgt berechnet:

Der erste Teilindex repräsentiert, wie beschrieben, die gesellschaftliche Wertschätzung der Freiheit. Hierfür werden die drei für diesen Aspekt relevanten Umfrageergebnisse herangezogen. Das erste ist der Anteil derjenigen, die die Meinung vertreten, jeder sei „seines Glückes Schmied.“ Dieser Anteil liegt bei 47 Prozent, während 35 Prozent die Gegenposition „Die einen sind oben, die anderen unten“ vertreten. 18 Prozent äußern sich unentschieden. Für den Index werden nun die 18 Prozent Unentschiedenen aus dem Ergebnis herausgerechnet, so dass allein der Konflikt zwischen den beiden gegensätzlichen Positionen übrig bleibt: 57 Prozent derer, die eine eindeutige Meinung äußern, sagen, jeder sei seines Glückes Schmied, 43 Prozent sagen „Die einen sind oben, die anderen unten.“

Gäbe es ein Gleichgewicht zwischen den beiden gegensätzlichen Meinungen, müsste der Anteil derjenigen, die sagen, jeder sei seines Glückes Schmied, bei 50 Prozent liegen. Deswegen wird dieser Wert als Nullpunkt, als Bezugspunkt definiert. Das tatsächliche Ergebnis von 57 Prozent liegt sieben Prozentpunkte darüber. Darum geht diese Frage mit dem Wert von +7 in den Teilindex ein. Analog hierzu wird auch bei der Frage vorgegangen, ob im Konfliktfall die Freiheit oder die Gleichheit wichtiger sei (Ergebnis +3). Das dritte Element des ersten Teilindex bildet die Frage, in welchen Lebensbereichen Verbote eingeführt werden sollten. Hier wird der durchschnittliche Anteil derjenigen, die bei 16 zur Auswahl gestellten Bereichen **kein** Verbot fordern, mit dem Basiswert von 50 in Bezug gesetzt, was zu einem Teilwert von +12 führt. Aus diesen drei Teilwerten wird nun der Durchschnitt gebildet, er liegt bei +7 und damit zwei Punkte unter dem Resultat des Jahres 2021 (Grafik 7).

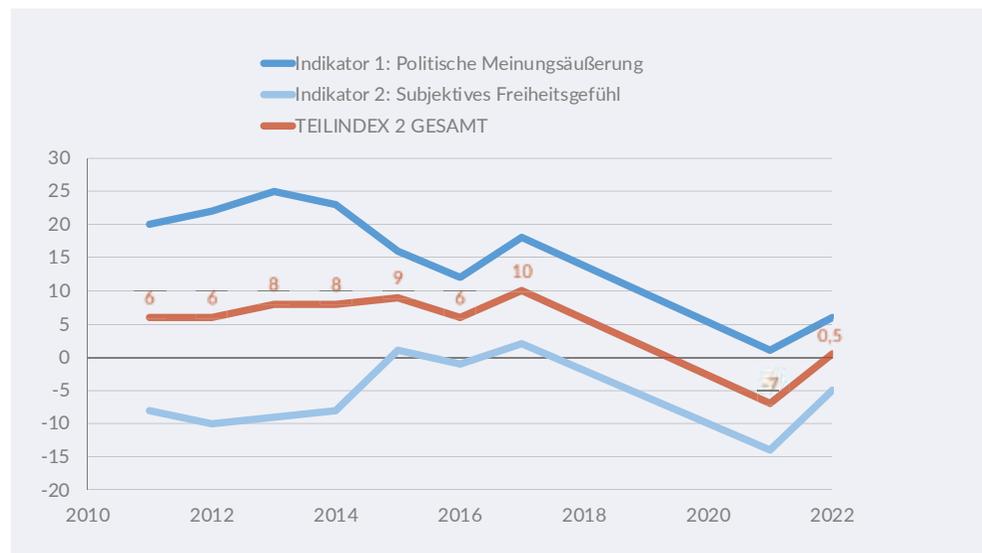
Der zweite Teilindex umfasst die Umfrageergebnisse zur subjektiv empfundenen Freiheit. In ihn geht der Anteil derjenigen ein, die sagen, man könne seine politische Meinung in Deutschland frei äußern. Er lag bei 48 Prozent der Befragten insgesamt, 56 Prozent unter Ausschluss der Unentschiedenen. Gemessen am Basiswert 50 ergibt sich damit ein Teilindexwert von +6. Außerdem geht in den Index der Anteil derer ein, die sich in ihrem persönlichen Leben sehr frei fühlen und dies dadurch dokumentieren, dass sie bei der entsprechenden Frage auf einer Skala von 0 bis 10 die Stufen 8, 9 oder 10 wählen. Dies trifft auf 45 Prozent der Deutschen zu, was einem Wert von -5 entspricht. Der zweite Teilindex entspricht dem Durchschnitt aus den beiden Teilwerten, also +0,5. Er liegt damit um 7,5

Grafik 7: TEILINDEX 1 – Gesellschaftlicher Stellenwert der Freiheit



Punkte und damit sehr deutlich über dem Vorjahr, in dem allerdings auch ein Tiefststand erreicht worden war. Der aktuelle Wert liegt noch immer weit unter dem Niveau der Jahre 2011 bis 2017 (Grafik 8).

Grafik 8: TEILINDEX 2 – Subjektiv empfundene Freiheit



Der dritte Teilindex schließlich wird auf der Grundlage der Inhaltsanalyse errechnet. Er repräsentiert die Bedeutung der Freiheit in der Medienberichterstattung. Als Basis für die Berechnung wird der Anteil der Aussagen über Freiheit an allen Aussagen über Werte in der Berichterstattung der führenden Nachrichtenmedien verwendet. Er ist seit dem Jahr 2012 deutlich gestiegen. Lag er am Anfang des vergangenen Jahrzehnts noch bei unter zehn Prozent, verdoppelte er sich in etwa in den darauffolgenden Jahren. Im aktuellen Jahr ist nun gegenüber dem Vorjahr massiv von 15 auf 28 Prozent angestiegen. Es liegt nahe, dass der Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 wesentlich zu dieser Entwicklung beigetragen hat, die ja in Deutschland zu intensiven öffentlichen Diskussionen darüber geführt hat, wie die Freiheit in Europa verteidigt werden kann (Grafik 9).

GRAFIK 9: TEILINDEX 3 – Stellenwert der Freiheit in der Berichterstattung
(Anteil der Aussagen über Freiheit an allen Aussagen über Werte in Prozent)

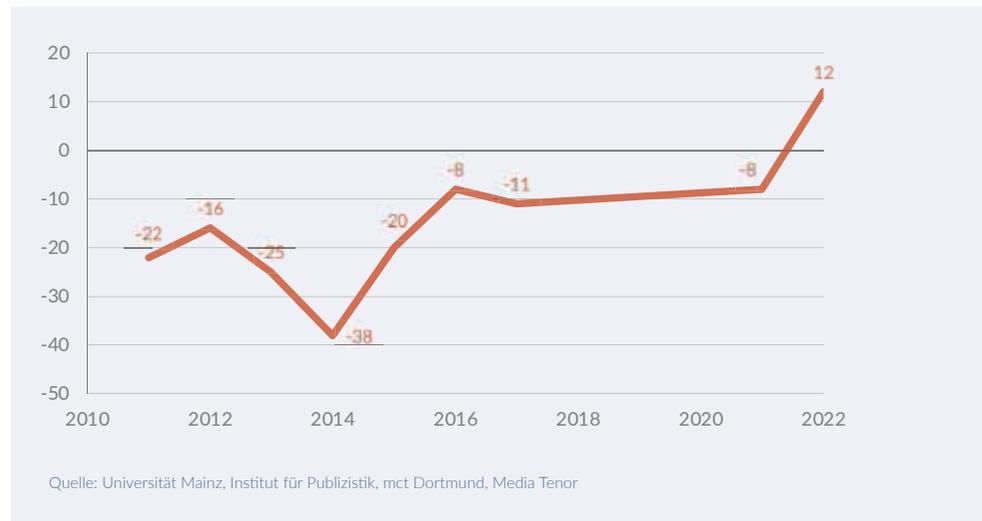


Dieses Ergebnis der Inhaltsanalyse geht nun in modifizierter Form als dritter Teilindex in den Freiheitsindex Deutschland ein. Der Grund für die Modifikation ist pragmatischer Natur: In den Jahren 2011 bis 2017 war der Freiheitsindex unter Zuhilfenahme anderer, mit anderen Methoden ermittelter, Inhaltsanalysen berechnet worden, als aktuell. Diese Inhaltsanalysen zeigten zwar die gleiche Trendentwicklung, wie sie auch an den Anteilen des Themas Freiheit an allen Aussagen über Werte zu erkennen ist, allerdings auf einem anderen Niveau und mit einer größeren Stärke der Schwankungen. Um die aktuellen Werte mit den in früheren Jahren vergleichbar zu machen, werden sie mithilfe eines einfachen Verrechnungs-

faktors an die alte Trendlinie angepasst: Vom aktuellen Wert werden 20 Prozentpunkte abgezogen und das Ergebnis mit 1,5 multipliziert. Damit ergibt sich für das Jahr 2012 ein Ergebnis von +12 (Grafik 10).

GRAFIK 10: TEILINDEX 3 – Stellenwert der Freiheit in der Berichterstattung

(Anteil der Aussagen über Freiheit an allen Aussagen über Werte minus 20 mal 1,5)



Dieses Ergebnis bedeutet eine bemerkenswerte Veränderung zu den Vorjahren: Seit dem Jahr 2011 lag der Wert für den dritten Teilindex immer deutlich unter Null. Das heißt, dass in der Medienberichterstattung dem Wert der Freiheit nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Im Zweifel wurde eher gegen die Freiheit argumentiert als für sie. Die Ergebnisse der Bevölkerungsumfragen lagen dagegen stets im positiven Bereich. Das heißt, dass die Berichterstattung die Bürger tendenziell vom Wert der Freiheit wegzog. Dies hat sich im Jahr 2022 massiv verändert: Der Wert von +12 ist der höchste der drei Teilindices. Es wird in den kommenden Jahren spannend sein zu sehen, ob sich die Berichterstattung zum Thema Freiheit auf dem neuen Niveau hält, und falls ja, inwieweit sich das auf die Orientierung in der Bevölkerung auswirkt. Erfahrungsgemäß hat eine Änderung im Tenor der Berichterstattung meist zur Folge, dass die Bevölkerung mit dem Abstand einiger Monate in die gleiche Richtung nachfolgt.

Der endgültige Freiheitsindex 2017 schließlich ist der Durchschnitt aus den drei Teilindices +7, +0,5 und +12. Er liegt damit bei +6,5. Dies ist der mit Abstand höchste Wert seit dem Jahr 2011, in dem der Freiheitsindex

zum ersten Mal berechnet wurde (Grafik 11). Der bisherige Höchststand war im Jahr 2017 mit einem Gesamtindexwert von +2,7 zu verzeichnen. 2021 hatte der Freiheitsindex mit einem Gesamtwert von -2 noch deutlich im negativen Bereich gelegen. Die auffallend starke Veränderung in nur einem Jahr ist allein auf eine Neuorientierung in der Medienberichterstattung zurückzuführen. Während sich an der Wertschätzung der Freiheit in der Bevölkerung im vergangenen Jahr kaum etwas verändert hat und sich das subjektive Freiheitsgefühl auf niedrigem Niveau nur moderat verbessert hat, hat das Thema Freiheit in der Berichterstattung massiv an Bedeutung gewonnen.

Grafik 11: FREIHEITSINDEX DEUTSCHLAND 2011-2022



*Nicht der heftige Konflikt zwischen den verschiedenen
Teilen einer Idee, sondern die stillschweigende Unter-
drückung der einen Hälfte von ihr ist das furchtbare Übel.*

John Stuart Mill, „Über die Freiheit“

Thomas Petersen

**DIE EINSTELLUNG
ZU STAAT UND
INSTITUTIONEN**

Neben den zur Berechnung des Freiheitsindex notwendigen Fragen enthielt die aktuelle Umfrage zum Freiheitsindex Deutschland 2022 auch drei Fragen, die ein Schlaglicht auf das Verhältnis zwischen Bürgern und Staat werfen. Es ist in den vergangenen zwei Jahren in der Öffentlichkeit viel über einen angeblichen Vertrauensverlust der Bürger in den Staat als Folge der Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie spekuliert worden. Aus diesem Grund lag bereits im vergangenen Jahr ein Schwerpunkt des Fragebogens zum Freiheitsindex Deutschland 2021 auf diesem Thema. Die damaligen Ergebnisse deuteten nicht auf eine Vertrauenskrise hin. Stattdessen zeigten sie, dass das Demokratiebewusstsein der Bürger in den Jahren zuvor eher stärker geworden war. Auch das staatsbürgerliche Selbstbewusstsein hatte zugenommen. Der Anteil derjenigen, die die fatalistische Meinung vertraten, man habe als Bürger wenig Einfluss darauf, wie sich der Staat entwickelt, hatte deutlich abgenommen.

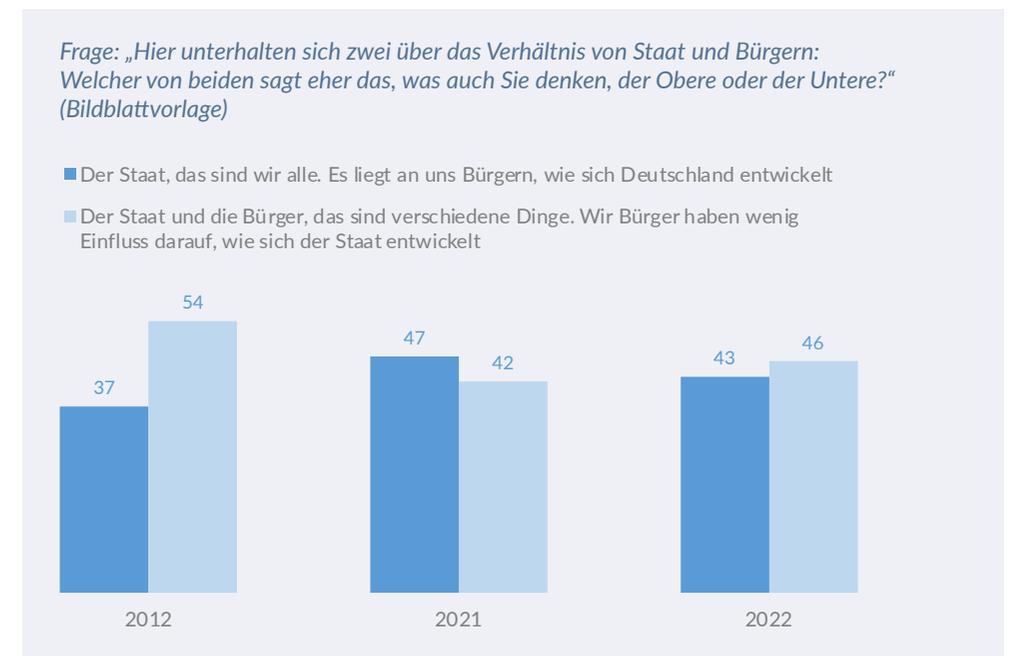
Der Angriff Russlands auf die Ukraine und die für viele Menschen auch in Deutschland deutlich spürbaren Folgen – allen voran die hohe Inflationsrate – haben nun aber das Vertrauen der Bürger in Staat und Regierung auf eine neue Probe gestellt. Und tatsächlich zeigen die Ergebnisse der aktuellen Umfrage vom Dezember 2022, dass die Skepsis gegenüber Staat und manchen Institutionen tendenziell wieder etwas zugenommen hat. Die Ergebnisse sind aber nicht einheitlich, und von den weitaus negativeren Resultaten, die in früheren Jahren ermittelt wurden, noch immer weit entfernt.

Ein Beispiel hierfür ist eine Frage, bei der die Interviewer zwei Meinungen zum Verhältnis zwischen Staat und Bürger schriftlich präsentierten. Die Befragten wurden gebeten, anzugeben, welcher der beiden Meinungen sie eher zustimmen. Die erste lautete: „Der Staat, das sind wir alle. Es liegt an uns Bürgern, wie sich Deutschland entwickelt.“ Die Gegenposition dazu lautete: „Der Staat und die Bürger, das sind verschiedene Dinge. Wir Bürger haben wenig Einfluss darauf, wie sich der Staat entwickelt.“ Diese Frage war auch im Fragebogen zum Freiheitsindex Deutschland 2021 enthalten, so dass ein direkter Vergleich der aktuellen Zahlen mit der Zeit wenige Monate vor Ausbruch des Ukraine-Kriegs möglich ist. Wie Grafik 1 zeigt, ist seitdem der Anteil derjenigen, die sagten: „Der Staat, das sind wir alle“, leicht von 47 auf 43 Prozent zurückgegangen, während umgekehrt die Zahl derer, die die Gegenmeinung vertraten, ebenfalls geringfügig von 42 auf 46 Prozent gestiegen ist. Damit wurde aus einem leichten Vorsprung des Lagers, das die erste Position vertrat, ein leichter Rückstand. Diese Änderungen sind allerdings nur minimal größer als die statistischen Schwankungsbreiten der Umfrage, können damit durchaus auch zum grö-

ßeren Teil Zufall sein. Das Gesamtbild bleibt damit fast unverändert. Nach wie vor sind beide Meinungslager fast gleich groß.

Das es damit – zumindest derzeit – keine schwere Krise des staatsbürgerlichen Bewusstseins der Bevölkerung gibt, verdeutlicht der Vergleich mit dem Ergebnis aus dem Jahr 2012, als eine klare absolute Mehrheit von 54 Prozent die Ansicht vertrat, der Bürger habe wenig Einfluss auf die Vorgänge im Staat.

Grafik 1: Einstellung gegenüber dem Staat

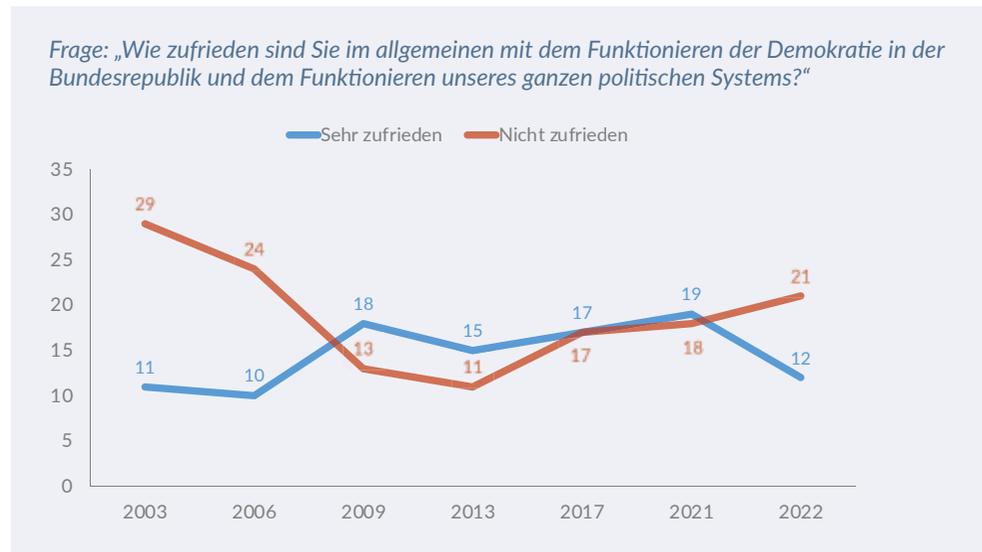


Eine ähnliche Tendenz zeigt auch der Trend zu der Frage „Wie zufrieden sind Sie im Allgemeinen mit dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik und dem Funktionieren unseres ganzen politischen Systems?“ Die meisten Befragten antworten auf diese Frage, sie seien mit der Demokratie „eingermaßen zufrieden“. Sie sind aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Grafik 2 ausgespart. Die Grafik zeigt stattdessen nur die Anteile derjenigen, die sich ausdrücklich als sehr zufrieden oder ausdrücklich als unzufrieden mit der Demokratie äußerten. Bei dieser Frage ist gegenüber 2021 eine etwas größere Veränderung zu verzeichnen als bei der oben beschriebenen Frage: Die Zahl derer, die sagten, sie seien sehr

zufrieden mit der Demokratie, ist recht deutlich von 19 auf 12 Prozent zurückgegangen, der Anteil der Unzufriedenen leicht von 18 auf 21 Prozent gestiegen. Dies ist immerhin der höchste Wert seit dem Jahr 2006. Damals, vor 16 Jahren, hatte er allerdings mit 24 Prozent noch einmal höher, 2003 mit 29 Prozent sogar deutlich höher gelegen als heute.

Grafik 2: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie

(Zustimmung in Prozent; an 100 fehlende Prozent: „Einigermaßen zufrieden“, „Weiß nicht“)



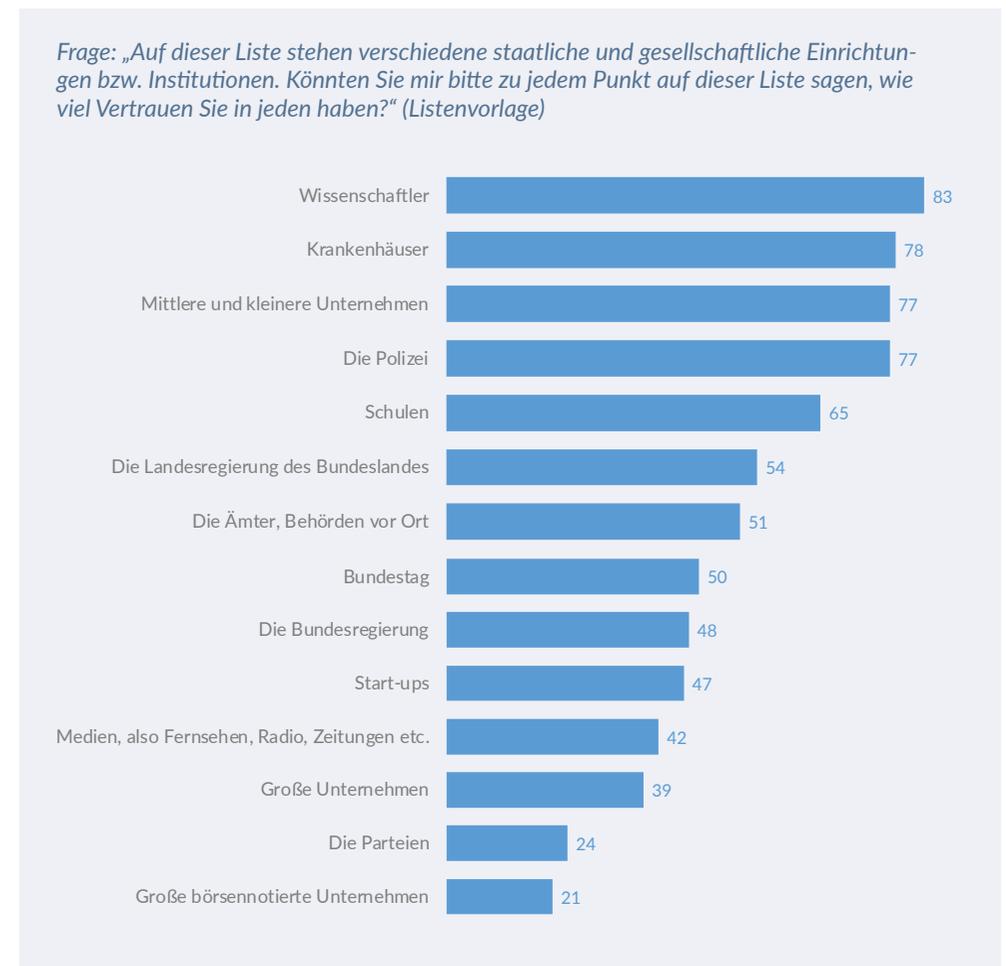
Bei der Frage, zu welchen staatlichen oder gesellschaftlichen Institutionen und Einrichtungen man Vertrauen habe, ist keine einheitliche Trendentwicklung zu verzeichnen. Grafik 3 zeigt zunächst das Gesamtergebnis der Frage in einer Übersicht. Die Befragten bekamen eine Liste mit 14 Punkten zur Auswahl überreicht und wurden gebeten, zu jeder Institution auf der Liste anzugeben, ob sie ihr gegenüber sehr viel, ziemlich viel, wenig oder überhaupt kein Vertrauen haben. In der Grafik sind die Anteile derjenigen zusammengefasst, die sagten, sie hätten zu der betreffenden Institution sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen. An erster Stelle in der Rangliste, genannt von 83 Prozent, standen im Dezember 2022 die Wissenschaftler. Es folgten knapp dahinter Krankenhäuser, Mittlere und kleinere Unternehmen, die Polizei und, mit etwas Abstand, die Schulen. Diese Rangfolge ist, abgesehen vielleicht von der hohen Wertschätzung kleiner und mittlerer Unternehmen, keine Überraschung. Bei ähnlichen Umfragen des Instituts

für Demoskopie Allensbach stehen seit Jahrzehnten Ärzte oder andere Vertreter der Institutionen des Gesundheitswesens, Wissenschaftler und die Polizei stets mit an der Spitze der Rangliste.

Mit deutlichem Abstand, genannt jeweils von etwas der Hälfte der Bevölkerung rangierten die wichtigsten Institutionen des Staates im Mittelfeld: Die Landesregierungen, der Bundestag und die Bundesregierung. Dagegen sagte nur knapp jeder vierte Befragte, er habe sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die Parteien.

Grafik 3: Vertrauen in Institutionen

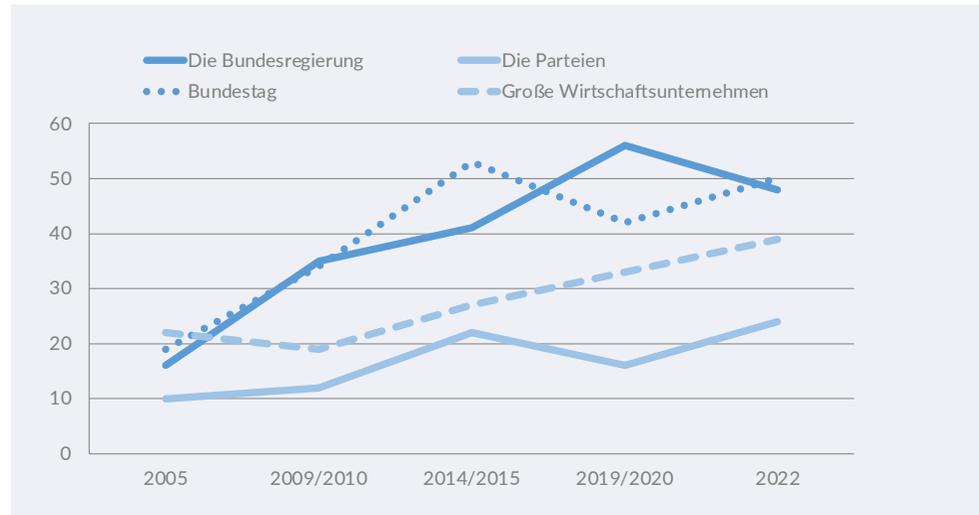
(Antwort: „sehr viel“ oder „ziemlich viel“ Vertrauen in Prozent)



Zu einigen der auf der Liste vorgelegten Institutionen gibt es Trendergebnisse aus früheren Jahren: Das Vertrauen der Bürger in den Bundestag, die Bundesregierung, die Parteien und große Wirtschaftsunternehmen wurde schon wiederholt in der Vergangenheit mit der gleichen Frageformulierung ermittelt. Die Trendentwicklung zu diesen vier Punkten zeigt, dass in den letzten zwei Jahrzehnten, anders als oft angenommen wird, das Vertrauen in diese vier Institutionen alles in allem nicht ab-, sondern zugenommen hat. Das gilt auch für die Bundesregierung, die derzeit für ihr Krisenmanagement viel kritisiert wird. Zwar ist der Anteil derjenigen, die sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die Bundesregierung haben, kleiner die Zahl derer, die vor zwei Jahren Vertrauen in die damalige Regierung äußerten. Dies bestätigt die Resultate anderer Allensbacher Umfragen aus den vergangenen Monaten, die zeigen, dass viele Bürger der Bundesregierung nur wenig Kompetenz bei der Lösung der aktuellen Krisen zutrauen. Doch trotzdem ist das Vertrauen in die Bundesregierung heute noch immer deutlich größer als vor einem oder zwei Jahrzehnten.

Grafik 4: Vertrauen in Institutionen – Trend

(Antwort: „sehr viel“ oder „ziemlich viel“ Vertrauen in Prozent)



Alles in allem zeigen die Ergebnisse der vorliegenden Umfrage damit zwar, dass die derzeitige Krise durchaus eine Herausforderung für das Verhältnis zwischen Staat und Bürgern bedeutet. Doch von einer tiefen Vertrauenskrise kann zumindest Ende des Jahres 2022 noch keine Rede sein.

Die menschlichen Fähigkeiten der Auffassung, des Urteilens, des Unterscheidungsvermögens, der geistigen Energie, selbst die der moralischen Wertschätzung kann man nur dadurch üben, dass man eine Wahl trifft. Wer etwas tut, weil es Sitte ist, wählt nicht. Er erlangt keine Übung, das Beste zu erkennen oder zu erstreben. Die geistigen und moralischen Kräfte werden, wie die der Muskeln, nur durch den Gebrauch stark.

John Stuart Mill, „Über die Freiheit“

Roland Schatz

5 VORSCHLÄGE ZUR VERBESSERUNG

Nicht erst in der Schlussphase der Berichterstattung zum Wahlkampf 2021 tauchen Formulierungen auf, die auf den ersten Blick richtig erscheinen, die aber schon auf den zweiten Blick eher Fragen auslösen als zum Kopfnicken führen: Geradezu abfällig wird über Parteiprogramme behauptet: „Die liest niemand.“

In ihrem Grundlagenbuch zur Vermessung der Meinungsforschung „Alle, Nicht Jeder“ erläutern Prof. Drs. Elisabeth Noelle-Neumann und Dr. Thomas Petersen das Fundament, auf dem Aussagen über die Meinung anderer getroffen werden können. Der Titel umschreibt in einer seltenen Klarheit den Kern: wenn mit bestimmten Prozentwerten über das vermutete Denken und Handeln in Zukunft Aussagen getroffen werden, dann bedeutet dies gerade nicht, dass damit ALLE Personen umfasst werden können.

Doch in den Medien wird gerne aus dieser wissenschaftlichen Vorsicht eine Pauschalität, die am Ende dann eine der Gründe dafür sein könnten, dass Menschen sich im Informationsangebot der traditionellen Medien kaum wahrgenommen fühlen. Wenn dieses Gefühl wie in der Berichterstattung über die Lage zu Corona vor einem Jahr oder die Situation beim Impfen im Herbst 2021 oder zur Darstellung der Parteien zur Bundestagswahl über lange Zeit und in ungewohnter Intensität von den Menschen erfahren wird, dann kann dies im Zweifel zu Unsicherheit und am Ende zur Abwendung führen.

Claus Kleber hat dies für das Informationsangebot in seiner Redaktion vom Heute-Journal wie folgt für die Leistung des ZDF vom März bis Juni 2020 wie folgt zusammengefasst: „Wir haben praktisch die Rolle eines Pressesprechers oder Ministers eingenommen, der seiner Bevölkerung erklärt, warum diese Maßnahmen jetzt sein müssen. Das ist einfach nicht unser Job.“ Als er dies im Sommer 2020 bei einer Tagung der Heraeus-Bildungs-Stiftung sagte, ging sein Publikum davon aus, dass nun zumindest beim Heute-Journal wieder „der Job“ des Journalismus ausgeübt würde. Aber weder bei der Art und Weise, wie über das Impfen noch über die Wahl informiert wird, trifft dies zu.

Am 7.9.2021 informierte die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein gemeinsam mit der Ärztekammer Nordrhein ihre Mitglieder schriftlich von den Ergebnissen einer jüngst durchgeführten Auffrischungsimpfung, die in Oberhausen in einem ASB-Haus bei 90 Personen durchgeführt worden war und zu massiven Problemen in 9 Fällen führte: Eine Person starb sofort, zwei mussten wiederbelebt werden und bei den sechs weiteren Menschen, die der Empfehlung der Ärzte gefolgt waren, kam es ebenfalls zu besorgniserregenden negativen Folgen.

In der ZDF Sendung „Klartext“ mit Armin Laschet stellten Menschen dem Kandidaten der Union Fragen. Manchen Fragestellern war zu erkennen, dass sie mit einer Mission in diese Sendung gesandt waren – aber auch das hielt sie nicht davon ab, sich mit Bild und Namen öffentlich zu bekennen. Nur eine Person wollte nicht erkannt werden. Diese schilderte ihre Unsicherheit zur Frage, ob sie sich impfen lassen sollte oder nicht.

Beide Beispiele stehen für viele Weitere. Sie haben eines gemeinsam: Weder die Angehörigen noch die Freunde der Opfer finden ihr Erlebtes in ihren Leitmedien gespiegelt. Noch schlimmer, sie haben Angst vor Repressalien. Das im Freiheitsindex 2021 wiedergegebene Beispiel vom Amtsarzt in Augsburg verdeutlicht, dass diese Ängste nicht von ungefähr kommen. Das macht aber weder das Erlebte noch die sich daraus ableitende Unsicherheit ungeschehen. Wohin sollen sie sich mit ihren Fragen wenden, wenn sie sich nicht länger repräsentiert fühlen von denen, die eigentlich qua Berufsdefinition für sie Augen, Ohren und Herz sein sollten über das „was ist“?

Was könnte hier und heute geändert werden, um verloren gegangenes Vertrauen zurück zu gewinnen? Um dem Muskel namens Freiheit wieder Mut zur Anwendung zu geben.

Vorschlag 1: Umfragen als das zeigen, was sie sind

Die ausführliche Würdigung des Salomon Asch Tests hat die Grundlage des ersten Vorschlages geliefert: gerade weil Menschen soziale Wesen sind, ist von Seiten der Regierung als auch der Medien unter allen Umständen für eines zu sorgen: Gruppendruck – in welcher Form auch immer ausgeübt – ist zu vermeiden. Und wenn er ausgeübt wird, ist er als das zu bezeichnen, was er ist: Manipulation.

Jürgen Hogrefe hat in seinem Kapitel zum Buch „Bericht zur Lage der Informationsqualität in Deutschland“ ausführlich auf den Kampf der Journalisten in den 60er und 70er Jahren der Bundesrepublik hingewiesen und seiner Bestürzung Ausdruck verliehen, wie stark er sich im Berlin des Jahres 2021 an das Ringen von vor 50 Jahren erinnert fühlt. Journalismus und Manipulation gehen nicht zusammen, und wenn die Versuchung noch so gross ist. Die Selbsterkenntnis von Claus Kleber kam sicher zu spät, aber sie kam. Nun gilt es – nicht nur auf Seiten des ZDF daraus tatsächlich Konsequenzen zu ziehen, damit kein dort angestellter Journalist je wieder solch ein beklemmendes Fazit zum Ende seines Berufslebens zu ziehen hat.

Vorschlag 2: Parteien repräsentieren Teile der Gesellschaft, nie das Ganze

Dieser Vorschlag ist nah am Asch-Test: Wie oft werden Vertreter von FDP, Grüne, Linke in Interviews mit dem Vorwurf konfrontiert: ihr Vorschlag würde aber nicht von der Mehrheit der Gesellschaft gedeckt. Genau das ist aber das Wesen von Pars im Gegensatz zum Totum: Wer „nur“ einen Teil der Gesellschaft repräsentiert, hat es nicht zur Aufgabe, ALLE zu bedienen oder gar glücklich zu machen.

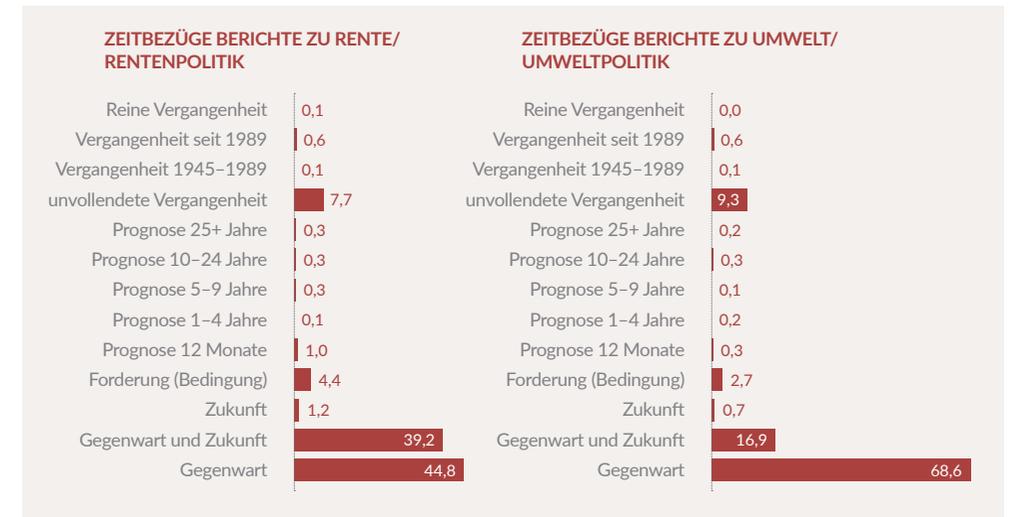
Dies gilt aber selbstverständlich um so mehr für SPD und die Union. Wieso wurden dem Kanzlerkandidaten der Union ständig Personen und Situationen in den Wahlkampfsendungen präsentiert, für die weder der Kandidat noch seine Partei im vorgelegten Parteiprogramm versprochen hatten, dass sie sich bevorzugt um diese kümmern würden? Dass ein Kanzler am Ende dann auch widerstrebende Interesse orchestrieren muss, liegt in der Natur des Amtes. Aber zunächst muss die Chance bestehen, möglichst allen Gruppeninteressen, denen Partei A oder B ein Versprechen abgibt, diese auch für diese Gruppen klar und deutlich artikulieren zu können. Fans von Borussia Dortmund immer wieder einzelne Spieler von Bayern München zu präsentieren, ihnen Bilder von der Allianz-Arena zu zeigen, wird bei keinem Dortmunder auch nur die kleinste Reaktion auslösen, nun den Mitgliedsantrag vom Stern des Südens anzufordern. Was im Sport nur in absoluten Ausnahmefällen gelingt, verfängt schon gar nicht dort, wo politische, gesellschaftliche, religiöse und philosophische Werte eine Rolle spielen.

Vorschlag 3: Freiheit braucht Perspektive

Solange mehr als 4 von 5 Beiträgen, in denen die deutschen Leitmedien im Politik und Wirtschaftsressort berichten, nicht mit der Zukunft zu tun haben, wird dem Souverän die Chance geraubt, sich ein eigenes Urteil bilden zu können, inwieweit das, was Partei A und Firma B zu Rente oder Umwelt vorschlagen, zum Erreichen einer wie auch immer definierten Zukunft beiträgt (siehe folgende Grafik).

Zeitbezug der Darstellung von Medienberichten 1/2016–6/2020

(Anteil Zeitbezug der Beiträge, Basis: 6.702/23.406 von insgesamt 1.131.115 Beiträgen)



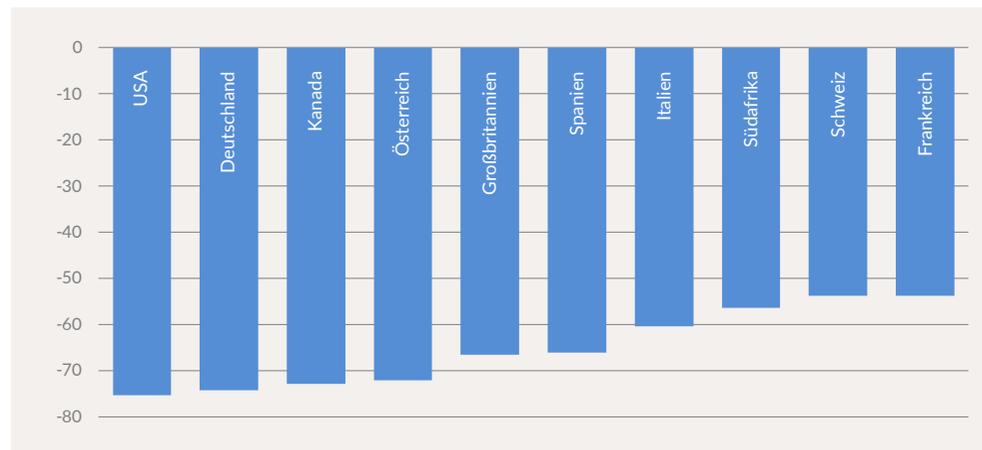
Das jahrzehntelange Ausblenden von Perspektive in der Darstellung von Politik und Wirtschaft hat zu einer Situation geführt, in der das Morgen kaum noch Gegenstand der Auseinandersetzung ist, im Privaten wie im Gesellschaftlichen. Wer heute in Deutschland auf die Strasse geht und die Menschen nach den 17 Sustainable Development Goals befragt, für die Angela Merkel am 25.9.2015 bei den Vereinten Nationen in New York mit 192 weiteren Regierungschefs die Verpflichtung der Bundesrepublik abgegeben hat, dass auch Deutschland diese Ziele mit ihren 169 klar definierten Targets spätestens zum Dezember 2030 erreichen wird, schaut in leere Gesichter. Nicht allein, dass wohl nur 1 von 100 je von dieser Verpflichtung je gehört hätte. Solange im veröffentlichten Diskurs dem Morgen nur noch 16 Prozent Raum gewährt wird, wird sich auch kein Leistungsträger in Politik, Gesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft oder eben auch den Medien einem Ziel wie Gleichstellung von Frau und Mann (SDG5) verpflichtet fühlen.

Vorschlag 4: Stereotypisierung ist der Feind jeder Freiheit

Drei Wochen vor der Entscheidung über die Zusammensetzung des nächsten Bundestages wurde zum 20. Mal an die Anschläge in den USA erinnert. Was unmittelbar im Anschluss an 9/11 2001 schon falsch wirkte, wurde in den 20 Jahren seither nicht geändert: Über den Islam im allgemeinen und seine Vertreter wird im Prinzip bevorzugt im Kontext von realen oder vermeintlichen Terroranschlägen berichtet.

Die folgende Grafik zeigt eine Auswahl von Medien aus vielen Ländern, die sich hinsichtlich der Bewertung der damit zugrunde liegenden Themenauswahl nur graduell unterscheiden.

Die negative Stereotypisierung gilt nahezu für alle Länder: Bild der Muslime in TV-Nachrichten (Verhältnis der +/- Darstellung; Basis: 106.694 Berichte über religiöse Protagonisten)



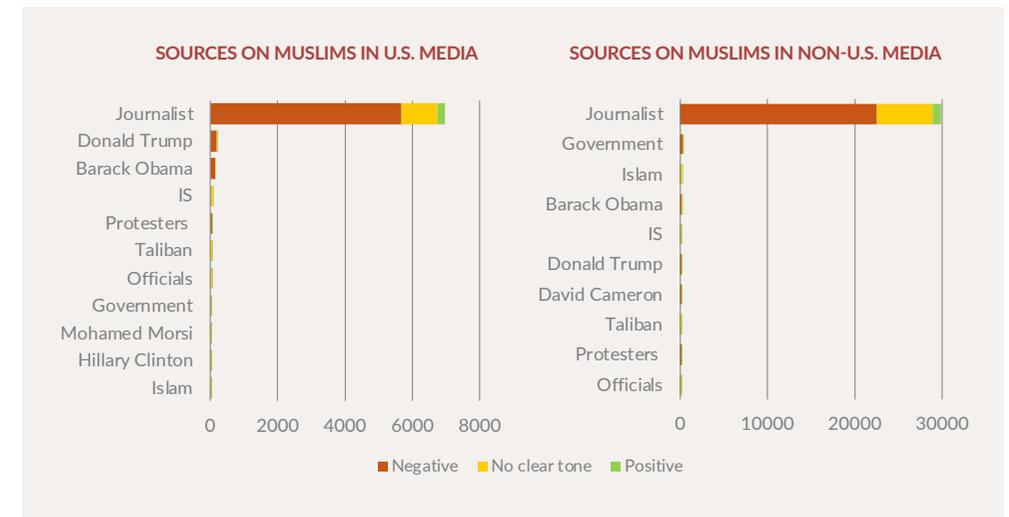
Wer glaubt, dass angesichts einer solchen Stereotypisierung die Mitbürger in diesen ausgewählten Ländern, die muslimischen Glaubens sind oder im Koran mehr erkennen als eine Anleitung zur Gewalt gegen Nicht-Gläubige, sich für die Werte des „Westens“ einsetzen, muss eine eigene Vorstellung vom Umfang mit Gruppendruck à la Asch-Test besitzen. Diese Stereotypisierung ist der sichere Tod für jede Demokratie, für jeden Diskurs und natürlich für die Freiheit.

Vorschlag 5: Auditor et alter Pars – Freiheit gibt es nicht ohne Respekt vor dem „Anderen“

Diese Stereotypisierung funktioniert nur, weil der Kern-Grundsatz des Journalismus – wie auch des Rechts – keine Anwendung findet: denen Gehör zu sichern, über die berichtet wird. Solange Imane nur mit 1,3 Prozent zu Wort kommen, wenn in den Leitmedien des Westens über den Islam „informiert“ wird, dann haben es Klischees leicht, sich durchzusetzen.

Unmittelbar im Anschluss an den Terror vom 11. September 2001 hatten führende Imane nicht nur der BBC Interviews zur Einordnung angeboten und um klarzumachen, dass gemäss Koran jeder, der anderen Gewalt zufügt, sich ausserhalb des Koran stellt. Aber ihre Interviews wurden überwiegend abgelehnt. 2001 wie 2021.

Wissen Journalisten über den Islam mehr als die Imane? Bild der Muslime in US-TV-Nachrichten nach Themen 1. Jan. 2002 bis 9. Sep. 2021 (Basis: 106.694 Berichte über religiöse Protagonisten)



Diese fünf Vorschläge sind als Anstoss für eine möglichst umfassende Diskussion gedacht, denen möglichst vielfältige weitere folgen werden.

Menschliche Natur ist nicht eine Maschine, nach Modell gebaut und ans Werk gesetzt, um genau die vorgeschriebene Arbeit zu machen, sondern ein Baum, der wachsen und sich nach allen Seiten ausbreiten will, gemäss dem Gesetz der ihm innewohnenden Kräfte, die ihn zu einem lebenden Organismus machen.

John Stuart Mill, „Über die Freiheit“

Roland Schatz

AUSBLICK: WORUM GEHT ES BEIM FREIHEITSINDEX?

Fast genau vor 60 Jahren griff eine der beiden deutschen Regierungen zum letzten Mittel: Sie befahl den Mauerbau.

Den Machthabern in Ost-Berlin erschien die absolute Trennung des eigenen Volkes als alternativlos. Ab sofort wurde den Menschen in Ostdeutschland die Wahl der Systeme entzogen. Millionen hatten angesichts der Optionen, die ihnen das sozialistische System bot, sich für den Wechsel nach Westdeutschland entschieden.

Zu stark hatten sich die Angebote mit Blick auf die Selbstbestimmung in Sachen Bildung, Gesundheit, Justiz, Religion, Beruf, Familie zum Schlechten gewandt. Auch wenn die eigenen Medien die Wahloptionen im anderen Teil des ‚eigenen‘ Landes nicht oder eher verzerrt vermittelten, reichte das Hörensagen der eigenen Freunde und Familie.

Andere blieben in Leipzig, Dresden, Cottbus, auch wenn sie und ihre engste Familie unter Berufsverbot, verweigertem Studium oder Verlust des eigenen Bauernhofes heute schier unvorstellbare Leiden in Kauf nahmen – weil sie ihre Heimat, ihre Freunde, ihre Patienten nicht auch noch im Stich lassen wollten.

Die Zahl der 140 unmittelbar an der Mauer Gestorbenen steht als Mahnmal. Freiheit ist nicht verhandelbar.

Weil die Worte Joachim Gaucks nicht unerhört verhallen sollten, geht es darum, einmal pro Jahr eine Bestandsaufnahme wieder aufzunehmen, die von Dr. Ulrike Ackermann, dem John Stuart Mill-Institut sowie Dr. Thomas Petersen vom Institut für Demoskopie in Allensbach vor Jahren ins Leben gerufen wurde. Und angesichts der 754.895, die im Saldo seit Regierungsantritt von Angela Merkel ihrer Heimat den Rücken glauben kehren zu müssen, soll es bei dem wieder aufgenommenen Freiheitsindex nicht allein um Umfragen und Mediensentiment und ihre etwaigen Wechselwirkungen gehen.

Aus der Schweiz und Österreich sind interaktive Varianten zur Messung des Grades der Selbstbestimmung in diesen Ländern mit Blick auf unternehmerische Freiheit, Steuern sowie das Rechtssystem sogar auf Bundesländer bzw. Kantonsebene bekannt. Von diesen Beispielen lernend möchte der Freiheitsindex Deutschland für die besonders relevanten Bereiche Bildung, Gesundheit, Inklusion, Justiz, Politik und Wirtschaft Daten und Trends bieten:



Denn es fühlt sich falsch an, ein weiteres Fallen des Wertes beim Freiheitsgefühl in Deutschland noch abwarten zu wollen. Der bisherige Rückgang der Zahl derer, die sich in ihrem Leben frei fühlen und das Gefühl haben, ihre politische Meinung frei äußern zu können, ist bereits zuviel.

Gleichzeitig müssen wir Sozialwissenschaftler zugeben, dass Umfragen oder Medienanalysen zu wenig sind. Jedes Jahr verlässt bildlich gesprochen eine Kleinstadt die Bundesrepublik, weil den Menschen individuell die Luft zum Atmen fehlt. Das sind zwar noch nicht so viele, wie jedes Jahr in deutschen Krankenhäusern sterben müssen, weil dort die Hygienebedingungen nicht gut genug sind.

Aber der Umgang mit Corona hat eines gelehrt: Vollbremsungen sind nicht nur möglich, die Menschen und Institutionen in Deutschland – wie auch in anderen Ländern – sind überwiegend unerwartet stabil durch diese verordneten Schocks gekommen – zumindest mit Blick auf das Materielle.

Nach den Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach stufen derzeit nur zehn Prozent der Bevölkerung ihre wirtschaftliche Lage als schlecht oder gar sehr schlecht ein. Diese Zahl ist seit vielen Jahren konstant, meist liegt sie knapp unter 10 Prozent. Gemäß Allianz-Versicherung haben die Privatvermögen im Jahr 2020 sogar noch zugelegt.

Es sind also nicht die Geldkonten, die den Menschen in der Bundesrepublik Zweifel am Selbstbestimmtsein so enorm aufkommen lassen, dass sie bereit sind, das einzige, was ihnen eigentlich zusteht, aufzugeben: ihre Heimat.

Und weil die Motivlage so vielfältig ist, werden multiple Forschungsinstitute eingeladen sein, für die Bereiche Bildung, Gesundheit, Inklusion, Justiz, Politik und Wirtschaft Fakten und Trenddaten zusammenzutragen, damit neben den Umfragen und Medienanalysen auch die Zustände in den sechzehn Bundesländern besser nachvollzogen werden können.

Die Ergebnisse werden so aufbereitet, dass Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren in drei unterschiedlichen Schulwirklichkeiten interaktiv mit den Resultaten umgehen können. Die Intensität, mit der diese nächste Generation sich mit den Daten beschäftigt, sie sich in ihrem eigenen Alltag und ihren eigenen Foren austauscht wird ebenfalls erhoben und publiziert.

Denn eingangs haben wir davon geschrieben, dass Freiheit ein Muskel ist, der trainiert sein möchte, damit Anwendung möglich ist und bleibt. Von daher reicht es nicht, die Resultate eines Freiheitsindex einmal pro Jahr zu präsentieren und die Details in Gremiensitzungen erörtern zu lassen.

Erst wenn Freiheitsrechte in den Leitmedien wieder konstant oberhalb der Wahrnehmungsschwelle dargestellt werden, wenn in den Oberstufen

aller Schulformen das Selbstbestimmtsein nicht nur mit Blick auf die eigene Aus- und Weiterbildung, sondern auch die Optionen einer eigenen Arztwahl etc. verstanden sind, wenn Menschen mit Behinderungen sich als Teil des Ganzen empfinden, wenn Menschen Gerichtssäle verlassen im Bewusstsein, dass sie den Prozess verloren, aber an Erkenntnis dazugewonnen haben, Volksinitiativen nicht nur an Sichtbarkeit gewinnen, sondern ihre Ergebnisse nicht länger nur im Regionalen zu Verbesserungen beitragen können und wenn Deutschland bei den Neugründungen nicht länger Platz 43 von 44 gemessenen Staaten einnimmt: Erst dann besteht Hoffnung, dass sich zunächst die Umfragewerte bei der Freiheitsfrage wieder drehen und dann, später, der Saldo derer, die glauben, in ihrer Heimat keinen Platz mehr finden zu können, sich ins Positive dreht.

Als Roman Herzog seine Ruck-Rede hielt, stimmten viele zu. Und glaubten danach, sich wieder um ihren Status Quo mit gleicher Intensität kümmern zu müssen, sodass außer einem ‚Jawohl‘ zur Agenda wenig geschah, um den notwendigen steten Wandel auf Dauer umzusetzen.

Das Gute an jährlichen Präsentationen besteht darin, dass sie kleine ‚Neu-Jahre‘ sein können: sich an die Selbstverpflichtung vor 365 Tagen zu erinnern und nun mit den Erfahrungen der zwölf dazu gekommenen Monate einen smarteren Ansatz zu finden, dass aus dem Plan Realität wird. Oder gleich mehrere.

Zürich, Allensbach, Dezember 2022

Bücher, die auf das Forschungsprojekt Einfluss hatten (Auswahl):

Carolin Amlinger/Oliver Nachtwey: **Gekränkte Freiheit**, Suhrkamp, 2022

Norbert Bolz: **Avantgarde der Angst**, Matthes und Seitz, 2021

Gerd Gigerenzer: **Klick**, Pantheon, 2022

Ulrike Guerot: **Wer schweigt, stimmt zu**, Westend, 2022

Ottfried Höffe: **Politische Gerechtigkeit**, Suhrkamp, 1987

Jürgen Kaube/Andre Kieserling: **Die Gespaltene Gesellschaft**, Rowohlt, 2022

Wolfgang Kersting: **Wohlgeordnete Freiheit**, Suhrkamp, 1993

John Stuart Mill: **Über die Freiheit**, Reclam, Aus dem Englischen von Bruno Lemke, 1974

Karl R. Popper/Franz Kreuzer: **Offene Gesellschaft – Offenes Universum**, Serie Piper, 1986

Richard David Precht/Harald Welzer: **Die Vierte Gewalt**, S. Fischer, 2022

Anna Schneider: **Freiheit beginnt beim Ich**, dtv, 2022

Ernst F. Schumacher: **small is beautiful**, oekom, 2013

Simone Weil: **Die Verwurzelung**, Diaphanes, 2011

Die Autoren:



Dr. Thomas Petersen, geboren 1968 in Hamburg. Studierte 1987 bis 1992 an der Universität Mainz Publizistik, Alte Geschichte und Vor- und Frühgeschichte. 1993 Magister. Seit 1993 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demoskopie Allensbach, seit 1999 Projektleiter. 2001 Promotion. 2010 Habilitation an der Technischen Universität Dresden, seitdem Privatdozent an der TU. Past Präsident der World Association for Public Opinion Research (WAPOR).

Jüngste Buchpublikationen: *Der Fragebogen in der Sozialforschung*. Konstanz: UVK 2014. *Die Vermessung des Bürgers*. Konstanz: UVK 2015. *Ende des Aufruhrs. Wie die Deutschen mit sich selbst Frieden schlossen*. Baden-Baden: Tectum 2017 (mit Tilman Mayer).



Roland Schatz, geboren 1965 in Bielefeld. Studierte 1984 bis 1997 an den Universitäten Fribourg/CH sowie Bonn Philosophie, Geschichte, Politik- und Wirtschaftswissenschaften. 1985 Gründung des InnoVatio Verlags, 1993 Gründung von Media Tenor, 2014 Gründung der UNGSII Stiftung. Von 2013 bis 2019 war er Senior Advisor für den UN General Direktor in Genf und seit 2020 in gleicher Funktion für die Chefin des Climate Investment Fonds in Washington. 2020 wurde er von Papst Franziskus in die Covid 19 Kommission berufen.

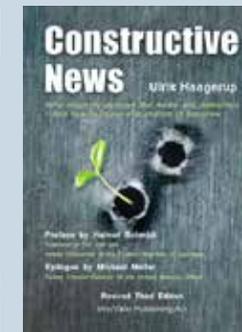
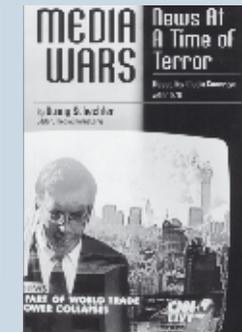
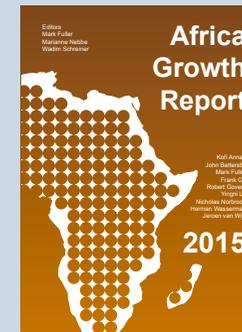
Jüngste Publikationen: *Bericht zur Lage der Informationsqualität in Deutschland*. Zürich: 2021. *Kann ein Blinder einem Blinden den Weg weisen?* In: *Das Corona Brennglas – Demokratie und Ökonomie nach der Pandemie*. Edmund Stoiber & Bodo Hombach (Hg). Baden-Baden: 2021.

INNOVATIO

Data Driven Solutions

InnoVatio entstand 1985 als Angebot für alle, die interdisziplinäre Lösungen suchten. Eine neue Form von Dialog von Regierungen, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Medien als sogenannter „Runder Tische“ entstand in den Schweizer Alpen. Als „Verlag für die denkende Hand“ erhielten Autoren neben der Plattform für ihre Ideen, die in der gleichnamigen Zeitschrift oder als Buch ihre Verbreitung fanden, zudem über Seminare wie der Zukunftswerkstatt „Freiburger Gespräche“ einen Resonanzboden, damit aus Chancen Wirklichkeiten wurden. Neue Ausbildungskonzepte entstanden, die in Flensburg, Karvina, Koblenz oder Witten Realität wurden. Neue Formen der Arbeitswelt in Gestalt von Technologie-Parks wurden in Dresden und Ostrava eingeführt. Im Schloss Glücksburg begegneten sich seit 1988 an der Kultur-Management-Akademie Wirtschaft und Kultur, um voneinander zu lernen. Zwischen 1987 und 1990 bot InnoVatio denen in Ungarn, Tschechien und der ehemaligen DDR eine geistige Heimat, die auf der Suche nach einem Dritten Weg keine billigen Lösungen hinnehmen wollten. Nach 1989 entwickelte InnoVatio gemeinsam mit Prof. Elisabeth Noelle-Neumann und Kollegen das Forschungsinstitut Media Tenor.

Da Medien (off- und später auch online) eine Schlüsselrolle in Veränderungsprozessen einnehmen, wurden ab 1994 Wirkungsmechanismen tagesaktuell erforscht und mit im Rahmen der Internationalen Agenda Setting Conference diskutiert. Nach den Terroranschlägen von 9/11 2001 wurde InnoVatio vom World Economic Forum gebeten, den Annual Dialog Report zu konzipieren: Die Bereitschaft von Menschen unterschiedlicher Kulturen und Religionen sollte kontinuierlich erfasst und Lösungsmodelle für ein verbessertes gegenseitiges Verständnis entwickelt werden. Für Unternehmen wurden praktische Lösungen wie die Reputationsschutzversicherung oder Kommunikations-Cockpits auf den Markt gebracht. Für Wissenschaftler entstanden Indices wie das FAZ-Ökonomen-Impact-Ranking. Für die UN wurde mit dem Perception Change Programm sowie den Unlearning Intolerance Masterclasses und der UNGSII-Stiftung Formate geschaffen, die Erfahrungen der 80iger Jahre weltweit zu teilen. Auch nach 30 Jahren bleibt InnoVatio offen für Autoren, die ihre Ideen weltweit diskutiert und umgesetzt sehen wollen.



MEDIA TENOR wurde 1993 von Wissenschaftlern wie Peter Glotz, Hans Mathias Kepplinger, Wolfgang Donsbach and Hartmut Schiedermaier und Journalisten auf Initiative von Elisabeth Noelle-Neumann und Roland Schatz in Bonn gegründet. MEDIA TENOR verfolgt seit dieser Zeit das Ziel, die Inhalte der Leitmedien im In- und Ausland Tag für Tag mit jedem Beitrag intersubjektiv nach Thema, Zeit- sowie Ortsbezug als auch Quellen und Bewertungen tagesaktuell wissenschaftlich zu erfassen. Dank dieses weltweit einmaligen Ansatzes konnten die Researcher von Media Tenor gemeinsam mit anderen Instituten im In- und Ausland die Agenda-Setting-Forschung um die Definition der Wahrnehmungsschwelle bereichern und zudem Medien-Impakt-Analysen vorantreiben. Seit 1995 wird für Redaktionen anhand des Media Tenor Zitate-Rankings eine Datenbank zur Qualitätssicherung im Bereich exklusive Inhalte zur Verfügung gestellt. 2013 hat Media Tenor mit Partnern das FAZ-Ökonomen-Ranking konzipiert und damit beigetragen, die Sichtbarkeit und Vielfalt von Experten der Wirtschaftswissenschaften in der Berichterstattung von 0,7 Prozent in 2013 auf mittlerweile 5 Prozent zu erhöhen.

Auf dieser Grundlage konnte zum Beispiel die Allianz Versicherung ein Produkt zur Reputationsversicherung weltweit auf den Markt bringen, Studien zum besseren Verständnis von Einflussfaktoren auf die Impf(un)willigkeit von Menschen konnten europaweit 2013 für die EU durchgeführt werden und nach 9/11 wurde gemeinsam mit dem World Economic Forum der Annual Dialog Report for Religions and Values konzipiert und umgesetzt.

Das Shorenstein Center der Harvard Kennedy School mandatiert seit 2004 für ihre Analysen zu den Einflussfaktoren auf das Wählerverhalten während der US-Präsidentenwahlen Media Tenor mit den kontinuierlichen Medien-Analysen. Seit Gründung hat das Forschungsinstitut über 1000 wissenschaftliche Arbeiten im In- und Ausland unterstützt. Ein besonderer Schwerpunkt liegt seit 1998 in der gemeinsamen interdisziplinären Forschung, inwieweit künstliche Intelligenz auf dem Gebiet der qualitativen Texterkennung valide Lösungen anzubieten vermag.

Wie oft bekamen die Deutschen unter Angela Merkel als auch nun durch die neue Bundesregierung bestätigt: ihr Land sei Spitze. Während der Covid-Krise wurde zudem behauptet: Alle Maßnahmen seien im Einklang mit den Nachbarländern. Ein Blick in den Süden hätte ausgereicht, um zu erkennen, dass die Kinder in der Schweiz – abgesehen von sechs Wochen – ganz normal am Schulunterricht teilnehmen konnten. Kleinbetriebe wie Mittelständler erhielten teilweise am Tag des Antrags Kompensationsgelder von der Bank überwiesen. Vollständig.

2022 wurden insgesamt 195 Staaten und 15 Territorien weltweit anhand von insgesamt 25 Freiheits-Indikatoren bewertet. Für jeden Indikator können bis zu 4 Punkte vergeben werden, so dass der Gesamtwert 0 bis maximal 100 Indexpunkte betragen kann. Die 25 Indikatoren verteilen sich auf die zwei Teilgebiete „Political Rights“ (Politische Rechte = 10 Indikatoren) und „Civil Liberties“ (Bürgerliche/Zivile Freiheit = 15 Indikatoren) ab. Bewertet werden die Länder/Territorien durch ein Team aus internen und externen Analysten und Fachberatern aus Wissenschaft, Think Tanks und Menschenrechtsorganisationen. Die finalen Werte sind das Ergebnis eines Konsenses zwischen den Analysten, den externen Beratern und den Mitarbeitern von Freedom House. Je nach gewichteter Indexpunktzahl in den zwei Dimensionen wird ein Land als „frei“ (Free), „teilweise frei“ (Partly Free) oder „unfrei“ (Not Free) klassifiziert.

Deutschland ist allein in Europa nicht unter den Top 10. Grund genug, auch 2022 den Freiheitsindex als gemeinsames Forschungsprojekt vom Institut für Demoskopie, Allensbach und Media Tenor International zu ermitteln.